Nr. 268 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 137

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Donnerstag, den 10. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die Reichsbahn unter deutschem Gesetz

Reichsbahngerichtsentscheidung gegen den Verwaltungsrat.

Wie erinnerlich, hat der Reichsarbeitsminister in dem zu Jahresbeginn gefällten Schiedsspruch in dem Lohnkonflikt zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahngewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen. Die Reichsbahngesellschaft, die zunächst, wie auch schon früher, den Bestimmungen der Schlichtungsordnung entsprochen hatte, erklärte plötzlich, daß sie sich der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nicht fügen wolle. Genau im Geiste der großindustriellen Scharfmacher, die im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft den bestimmenden Einfluß ausüben, lief die Reichsbahngesellschaft Sturm gegen die „Zwangsschiedssprüche".

Dadurch entstand die geradezu unmögliche Situation, daß nicht nur das größte Unternehmen Deutschlands und der Welt die Erklärung abgab, daß es über den Gesetzen stehe, sondern daß auch die dem Reich zu eigen gehörende Reichsbahn sich gegen die Reichsgesetze auflehnte.

Die Reichsbahngesellschaft ging noch weiter. Sie brach einen Kompetenzstreit vom Zaun und erklärte, daß die Reichsregierung ihre Befugnisse überschritten hätte, und zwar dadurch, daß sie sich in die „inneren Angelegenheiten der Reichsbahn" einmischte. Die Siemens, Klöckner und Konsorten, die leider heute immer noch selbstherrlich die Reichsbahngesellschaft verwalten, erklärten damit, daß sie die „Herren im Hause" — das ihnen nicht gehört — sein wollen, und daß sich zwischen ihnen und die Eisenbahner kein Blatt Papier stellen dürfe. Nach berühmten Mustern verlegte sich der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft auf das Prozessieren. Er klagte vor dem Reichsbahnschiedsgericht in Leipzig, und zwar erhob er Klage gegen die Reichsregierung. Das Reichsbahnschiedsgericht hat nunmehr endlich sein Urteil gefällt. In dem Urteil heißt es:

„Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen über die Arbeitsbedingungen der Reichsbahnarbeiter steht nicht im Widerspruch mit dem Reichsbahngesetz und der Gesellschaftssatzung. Demgemäß ist die am 16. Januar 1926 vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochene Verbindlichkeitserklärung wirksam."

Ueber den Ausgang des Prozesses konnte selbst nach dem Urteil der Zivilkammer beim Kammergericht kein Zweifel bestehen. Es ist aber erfreulich, daß das Urteil mit solcher Klarheit und Schärfe die unerhörte Haltung der Reichsbahngesellschaft zurückgewiesen hat.

Denn wenn die Reichsbahngesellschaft nicht abgewiesen worden wäre, dann würde daraus gefolgt sein, daß das größte und lebenswichtigste Unternehmen Deutschlands aus den sozialpolitischen Gesetzen des Reiches herausgenommen und zum Tummelplatz der schärfsten Machtkämpfe geworden wäre. Es würde den Eisenbahnern damit erklärt worden sein, daß sie keinerlei Anspruch auf den Schutz der Sozialgesetzgebung haben, daß ihnen keine gesetzliche Handhabe zur Verfügung steht, um auf schiedsgerichtlichem Wege Konflikte auszutragen, und daß sie deshalb nur einen Weg hätten, um zu ihrem Recht zu kommen, den des Kampfes.

Die klare Entscheidung des Reichsbahngerichts beseitigt diese Gefahren. Wie die Reichsbahngesellschaft erklären läßt, wird sie nunmehr den seinerzeit vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch in kurzer Zeit im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zur Durchführung bringen. Damit erhält der Schiedsspruch seine volle Kraft, d. h. die Lohnerhöhung von ein bis zwei Pfennigen muß für die zurückliegende Zeit nachgezahlt werden.

Erst das Volk, dann der Reichstag!

Kein Fürstengesetz vor dem Volksentscheid.

Die heutige Sitzung des Reichstags beginnt um 12 Uhr mittags mit der ersten Lesung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung. Die Vorlage wird von einem Vertreter der Reichsregierung, voraussichtlich dem Reichskanzler selbst, begründet werden. Dann wird Genosse Hermann Müller für die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung abgeben, in der zu dem Eingreifen des Reichspräsidenten in den Kampf um den Volksentscheid Stellung genommen wird. Man erwartet, daß die Vorlage nach einer kurzen Debatte an den Rechtsausschuß verwiesen werden wird. Da der Reichstag in der Zeit zwischen der ersten Lesung der Vorlage und dem 20. Juni nur noch zwei Sitzungen abhält, kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Vorlage noch vor dem Volksentscheid verabschiedet wird. Ihr Schicksal wird also zunächst am 20. Juni durch das Volk selbst entschieden werden. Nimmt das Volk die Fürstenenteignung mit verfassungsändernder Mehrheit an, so ist der Regierungsentwurf damit erledigt.

•

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß gestern, in der ganzen nächsten Woche die Plenarsitzungen ausfallen zu lassen, um Raum für die Agitation für das Volksentscheidsgesetz zu geben. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag soll erst nach dieser Pause herankommen. Ferner verständigte sich der Aeltestenrat dahin, daß, wenn das Volksentscheid nicht zum Ziele führt, die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung auf jeden Fall noch vor der Sommerpause erledigt wird.

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien trat gestern mittag zu einer kurzen Sitzung zusammen in der eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien für die erste Beratung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung festgesetzt wurde.

Der Vertrauensmann Hindenburgs.

Der Lüge und Fälschung überführt.

Unsere Feststellungen über die Lüge und die Fälschungen des Herrn v. Loebell veranlaßten das „Berliner Tageblatt" zu den folgenden Bemerkungen:

„Der „Vorwärts" hat Herrn v. Loebell vor aller Oeffentlichkeit als Fälscher und Lügner angeprangert, weil dieser behauptet hatte, er sei erst durch das sozialdemokratische Zentralorgan zur Bekanntgabe des Briefes Hindenburgs gezwungen worden und weil den Aeußerungen Hindenburgs fälschlicherweise die Aufforderung zur Stimmenthaltung am 20. Juni hinzugefügt wurde. Es ist nun außerordentlich interessant, daß heute früh die gesamte deutschnationale Presse dieses vernichtende Urteil über die Wahrheitsliebe des Herrn v. Loebell ohne das kleinste Wort der Erwiderung zur Kenntnis nimmt, woraus zu ersehen ist, daß Herr v. Loebell, obschon ihm gestern der ganze Nachmittag und Abend für eine Rechtfertigung zur Verfügung stand, auf die gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfe nichts zuerwidern weiß."

Diese Kennzeichnung Loebells ist nur noch dadurch zu ergänzen, daß auch in der gestrigen Abendpresse kein einziges Rechtsblatt auf unsere Anprangerung des Ehrenmannes Loebell eingeht. Nach dem Grundsatz: „Wer schweigt, stimmt zu" kann man also annehmen, daß Herr v. Loebell selbst seine Charakterisierung durch den „Vorwärts" als treffend und richtig anerkennt.

Aufrufe für den Raub am Volke.

Von Wulle bis Mahraun.

Auf Anweisung der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Partei (Rundschreiben Nr. 52 vom 4. Juni) werden in allen Landesteilen gemeinsame Aufrufe gegen den Volksentscheid losgelassen. Der Aufruf wird so verschickt, daß er am Donnerstag, den 10. Juni, im Besitz der Presse ist. In Berlin wird schon ein Brandenburger Aufruf veröffentlicht, Unterschriften sind am Mittwoch überall gleichmäßig von Deutschnationalen und Volksparteilern, Stahlhelmern, Völkischen und — Jungdeutschen — zu leisten.

Mit Wonne stellt das deutschnationale Rundschreiben fest, daß auch der Hochmeister der Jungdo, Mahraun, seine Unterschrift gegeben habe. So wird also für Brandenburg der volksparteiliche Stadtverordnete Generaldirektor Wilm neben Wulle, dem der Begünstigung und Anstiftung der Fememorde Beschuldigten, und der Vertreter Artur Mahrauns neben dem Beauftragten der „Vaterländischen" mit dem gut deutschen Namen Morozowicz einhellig für den Fürstenraub am Volke eintreten.

Diese Aufrufe sollen das Volk verblöden. Sie werden aber gerade das Gegenteil erreichen und neue Massen zum Abstimmungslokal treiben, die dort den Ja-Zettel abgeben!

Prüft die Stimmliste!

Ein vielsagendes Ergebnis hatte eine in Hamburg zufällig angestellte Stichprobe auf die Richtigkeit der zum Volksentscheid ausliegenden Stimmlisten. Ein Hausverwalter in der Hamburger Neustadt prüfte die Stimmlisten für die Bewohner der von ihm verwalteten sieben Grundstücke nach. Er stellte dabei fest, daß in den Listen nicht weniger als 18 Personen aufgeführt waren, die zum Teil verstorben, zum Teil verzogen sind, davon einige vor zwei Jahren nach Amerika und einer nach England. Für die Grundstücke sind insgesamt knapp 100 Wahlberechtigte eingetragen, so daß es sich in diesem Fall um einen Fehlbestand von rund 20 Proz. handelt.

Das Hamburger Beispiel muß für alle Genossen ein Ansporn sein, die Eintragungen der Wahlberechtigten ihres Hauses genau zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß nur die Namen der wirklich Wahlberechtigten in den Wahllisten verbleiben. Denn bei dem Volksentscheid zählt jede falsche Eintragung in den Wahllisten als eine Stimme gegen die Fürstenenteignung.

Loebell & Cie.

Zur Technik der politischen Intrige.

Von Paul Nathan.

Es ist ein biologisches Gesetz, daß jedes Lebewesen jene seiner Fähigkeiten vor allem ausbildet und zur Verwertung bringt, die am geeignetsten sind, zur Erhaltung seiner Art, zur Förderung seiner Existenzmöglichkeiten, zur Steigerung seines Daseinsgenusses beizutragen; so im gesamten Reich der Lebewesen, und eines dieser Lebewesen ist auch der Mensch, und eine Spezialität innerhalb der Menschheit ist der politische Mensch, der sich gleichfalls auf seine Zeit und seine Umgebung einzustellen hat. Er hat es getan im Altertum; er hat es getan im Mittelalter; er hat es getan in der Zeit der höfischen Kultur und des höfischen offenen und gemäßigten Absolutismus, der bei uns endgültig erst mit Wilhelm II. sein Ende erreicht hat. Das ist der Boden, auf dem auch eine Gestalt wie Herr von Loebell erwachsen ist, und mit den Mitteln, die ihm seinem Ursprung nach geläufig sein mußten und geläufig sind, treibt er Politik, auch nachdem Herr v. Hindenburg an der Spitze des Freistaates steht.

Daß eine reaktionär gerichtete Persönlichkeit wie Herr v. Loebell nicht in einer offenbetriebenen, groß angelegten Agitation vor das urteilsfähige Volk hintreten kann, um für die Monarchie zu wirken und für einen Monarchen, wie Wilhelm II., ist klar. Diese Form der Agitation wäre bei der verbreiteten Kenntnis über die Individualität Wilhelms II. gänzlich aussichtslos. Solcher Einsicht verschließen sich natürlich auch die klardenkenden Köpfe unserer reaktionären Parteien nicht. Also nicht für jenen geflohenen früheren Monarchen kämpft man; auch nicht für den Kronprinzen, seinen Sohn; diese beiden Gestalten von bekannter Struktur und bekannter geistiger Individualität verflüchtigen sich nebelhaft in der Agitation, und es taucht auf ein Abstraktum, nämlich die Monarchie. Und da monarchische Einrichtungen zu bestimmten Zeiten Großes geleistet haben, so sollen die Massen folgern: Also zurück zur Monarchie, damit sie wieder Großes und Unterhaltsames bis herab zu den Subskriptionsbällen dem Volke biete.

Und nochmals entgegen dem Zusammenbruch und der tapferen Flucht des Vaters und des Sohnes von 1918? Pst! Pst! Darüber reden wahre Patrioten nichts; daran erinnern nur jene Nörgler, die sich noch immer nicht den deutschen Staub von ihren Pantoffeln abgeschüttelt haben.

Nun braucht man aber zu einer monarchischen Agitation trotz aller Hingabe der künftigen Nutznießer eines wieder aufgerichteten Königtums Geld, viel Geld, sehr viel Geld. Und dieses sehr viele Geld fortlaufend zu beschaffen, ist beschwerlich und schließlich unmöglich. Also was wäre einfacher, als daß die Gesamtheit des deutschen Volkes, nicht nur die Imperialisten und Royalisten, sondern auch die Masse der Republikaner, die bereit sind, auf Leben und Tod den heutigen Staat zu verteidigen, dazu herangezogen werden, die Munition zu liefern, um den deutschen Freistaat in die Luft zu sprengen. Geld aber ist Macht, und über je größere Geldmittel der abgedankte Kaiser und die anderen Fürsten Deutschlands verfügen, um so größer können die Aufwendungen sein, die sie zur Verfügung stellen, um die heutige Republik zu untergraben und schließlich, wenn es geht, zu stürzen, zur Wiederaufrichtung der bekannten, so erfolgreichen Wortpolitik der „gepanzerten Faust", gegen die sich schließlich drei Viertel von Europa empört aufgelehnt haben.

Hungern tun die deutschen Fürsten glücklicherweise nicht; denn hungrige Prätendenten wären gefährlicher. Sie führen ein fröhliches Wohlleben, und jeder Zuschuß zu ihrem heutigen Vermögen bedeutet einen Zuschuß an Mitteln zur Untergrabung der heutigen republikanischen Staatsverfassung; bedeutet ein Näherrücken des Umsturzes von Rechts; bedeutet die Aussicht auf eine blutige, Menschen und Werte vernichtende Revolution innerhalb Deutschlands, und auch eine international unhaltbare Lage unseres Vaterlandes bei dem begreiflichen Argwohn, den aus der Vergangenheit die Großmächte Europas gegen eine wilhelminische Politik in die heutige Zeit hinübergenommen haben. Wer Deutschland in diese furchtbare Lage hineinbugsieren will, der muß unbedingt für die Beseitigung der Republik und für die Rückkehr Wilhelms II. kämpfend eintreten.

Aber sagt Herr v. Loebell als Fahnenträger, und die anderen, die seiner Fahne folgen: Reden denn wir heute von der Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron, oder haben wir seinen Herrn Sohn eingeladen, sich auf diesen Thron bequem niederzulassen? Wir reden derartiges natürlich nicht am hellen Tage; aber ein Paar lumpige Milliarden muß man doch den Fürsten geben — nur aus Gerechtigkeit!!

Allein die Gerechtigkeit bringt, wie bekannt, sobald sie in die heiße Nähe der Politik sich begibt, ihre wächserne Nase in ernste Gefahr; und was Gerechtigkeit im einzelnen Falle bedeutet, ist oft schwer festzustellen, eine Hohenzollern-Gerechtigkeit sieht anders aus, als eine republikanische Gerechtigkeit, und eine Gerechtigkeit, die den Weg zum deutschen Bürgerkrieg ebnen hilft, ist jeder Zustand nicht gerade, den das durch

den Krieg Wilhelms II. niedergebrochene Deutschland brauchen kann.

Daß der Reichspräsident Herr v. Hindenburg die deutsche Politik bewußt solchen Abgründen entgegenführen will, erscheint ausgeschlossen und ist von niemandem behauptet worden. Ob Herr v. Loebell und die Reaktionäre in Deutschland vor solchen Abgründen eine gleich starke moralische Scheu haben würden, ist hingegen eine offene Frage, eine völlig offene Frage. Es sei erinnert an jenen „Scheiterhaufenbrief", der zwischen Freiherrn v. Hammerstein und dem Hofprediger Stöcker gewechselt worden ist, und in dem diese beiden Patrioten — natürlich auch Patrioten — sich darüber zu verständigen suchten, wie Fürst Bismarck von ihnen gestürzt und an die Stelle der Bismarckschen Politik eine Hammerstein-Stöckersche Politik gesetzt werden könnte.

Damals handelte es sich um die politische Seele von Wilhelm II.; diesmal handelt es sich um die politische Seele des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der auf einen Weg gebracht werden soll, auf dem es eine Umkehr schließlich nicht gibt; zu einem Konflikt mit der Majorität des deutschen Volkes soll er geführt werden, und wenn es nach dem Willen der Rechten geht, dann zum Umsturz, zu einem Abschluß, der nicht vorauszusehen ist, dem aber Hasardeure der Rechten unbedenklich zustreben mit dem Motto: Wagen wir es einmal.

Herr v. Loebell hat dem Reichspräsidenten einen Brief entlockt, der weder überraschend noch bedenklich als private Aeußerung ist. Niemand hätte eine andere Aeußerung von Herrn v. Hindenburg voraussetzen können. Einen ganz anderen Charakter erhält dieser Brief erst dadurch, daß er, statt eine private Information für Herrn v. Loebell zu sein, zu einer Agitation für die Ausstattung der Fürsten mit Millionen mißbraucht werden soll, so dann mit dem weiteren Ausblick, daß diese Millionen zur Entfesselung des Bürgerkrieges in Deutschland gebraucht und mißbraucht werden sollen. So war es denn zweifellos eine „staatserhaltende" Handlung, diese Intrige an die Oeffentlichkeit gezogen zu haben.

Intrigen, die so klar vor den Augen aller Welt liegen, haben viel von ihrer politischen Gefährlichkeit verloren. Ein Brief, der als harmlos erscheinen konnte, hat nunmehr rechtzeitig das warnende Etikette: „Gift bei der Verwendung in der Oeffentlichkeit", erhalten, und es ist noch Zeit, die harmlosen Massen so aufzuklären, daß nicht ihnen, sondern den Fabrikanten dieser Medizin, der Trank, den sie eingerührt, schlecht, recht schlecht bekommt.

Die Frage steht jetzt so, will das deutsche Volk sein Vertrauen Politikern zuwenden, die mit solchen Mitteln der Intrige die Führung an sich zu reißen suchen; die das Volk verblenden, um ihren gefahrvollen Zielen näher kommen zu können.

Herr v. Loebell hat intrigiert; er hat sich prostituiert; er verdient jetzt noch eins: daß er beim politischen Endergebnis sich gründlich — blamiert.

In offener Wahlschlacht — siehe Mecklenburg — ist die Niederlage sicher; was bleibt übrig, die versteckte, schleichende politische Intrige; so die Berechnung des Herrn v. Loebell und der Seinen.

Der Fall Schmid.

Eine sozialdemokratische Beschwerde.

Am Mittwoch nachmittag sprachen die sozialdemokratischen Abgeordneten des Rheinlands bei dem Reichskanzler vor, um ihn in vertraulicher Unterredung noch einmal über die Folgen des herausfordernden Angriffs des Staatssekretärs Dr. Schmid gegen die Sozialdemokratie zu unterrichten. Der Reichskanzler wurde darauf hingewiesen, daß nach den Verhandlungen des Hauptausschusses vom Mittwoch die beiden größten Parteien des besetzten Gebietes, die wohl vier Fünftel der Bevölkerung hinter sich hätten, dem Generalreichskommissar ihr Vertrauen entzögen und es sei nicht abzusehen, wie bei solcher Sachlage ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Generalreichskommissar Dr. Schmid und der Bevölkerung des besetzten Gebietes möglich sein solle.

Nicolais Kriegsplan.

Der Wahrheitsfanatiker der Kriegsberichte „berichtigt".

Oberst a. D. Nicolai, der Gehilfe des „großen" Ludendorff im Weltkriege, schickt uns eine Zuschrift, um deren Veröffentlichung er ersucht. Darin behauptet er:

Ich habe niemals einen Krieg gegen Frankreich, gestützt auf rote russische Armeen, an der Elblinie propagiert.

Ich habe infolgedessen auch niemals das Land westlich der Elbe mit einer Organisation von Vertrauensleuten gegen eine etwaige französische Etappe zu überziehen versucht oder für solche abenteuerlichen Zwecke Geldmittel von irgend jemand erbeten oder erhalten.

Ich kenne niemanden, der einen derartigen Kriegsplan hätte.

Ich weise persönlich jeden Gedanken an einen Befreiungskampf zurück, solange die Ursachen unseres Zusammenbruches in unserem vierjährigen Freiheitskampfe, den wir von 1914 bis 1918 geführt haben, fortbestehen.

Ich habe niemals mit irgendwelchen „Putschplänen" in Verbindung gestanden, weil ich in ihnen nicht den Weg zur Beseitigung jener Ursachen sehe.

Um diese Behauptungen, die in die Form einer Berichtigung gekleidet sind, auf ihren wahren Wert prüfen zu können, muß man die Wahrheitsliebe Nicolais untersuchen. Ueber sie schreibt „Der Jungdeutsche", dem Nicolai die Berichtigung gleichzeitig schickte, das folgende:

In zwei persönlichen Rücksprachen mit der Ordensleitung an 12. und am 14. Januar d. J. machte Herr Oberst Nicolai Angaben, deren Unrichtigkeit sich sehr bald herausstellte. So behauptete er z. B., er sei reiner Privatmann und kümmere sich nicht um Politik. Allerdings entfuhr ihm bei Besprechung der Angelegenheit Rechberg die Aeußerung, eine Versöhnung mit Rechberg komme für ihn nur dann in Frage, wenn Rechberg sich ihm unterstelle. Heute gibt Herr Oberst Nicolai öffentlich zu, daß er auch nach dem Kriege politische Arbeit leistet. Es ergibt sich daraus die Frage, was er politisch tut, warum er sich verpflichtet fühlt, der Ordensleitung gegenüber seine politische Tätigkeit zu verbergen, wessen Auftrage und mit welchen Mitteln er seine Politik betreibt.

Bezüglich der aufgestellten Behauptungen können wir nur erklären, daß wir keine Veranlassung haben, an den Angaben von Ordensbrüdern zu zweifeln, deren Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit uns durch jahrelange Zusammenarbeit bekannt ist.

Nun mag sich Nicolai mit dem Jungdo weiter auseinandersetzen. Ihm wird vom Organ Mahrauns vorgeworfen, daß er zweierlei Gesicht trage, ein unpolitisches und ein politisches. Wir haben alles Interesse daran, das politische Gesicht dieses „Privatmannes" zu kennen, dessen „vaterländische" Tätigkeit als Leiter des Nachrichtendienstes im Kriege hinreichend bekannt ist.

Politische Debatte in Weimar.

Die Jenaer 31. — Mißbilligungsantrag.

Weimar, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf die von der Linken wegen der Putschvorbereitungen eingebrachten Anfragen entgegnete am Mittwoch die thüringische Regierung zunächst mit einer für sie merkwürdigen und ungewohnten Betonung des für den Wiederaufbau notwendigen, auf der Volksgesamtheit beruhenden Willens und der Verurteilung aller Handlungen, die auf gewaltsamen Umsturz hinausgehen. Durch die Deutung, die die Regierung aber ihren eigenen Worten nach links gibt, schwächte sie die ersten Erklärungen sehr stark ab. Die SPD. brachte daher auch starke Zweifel gegenüber den tatsächlichen Feststellungen der Regierung zum Ausdruck. Die Regierung erklärte z. B. weiter, daß die Behauptungen von angeblichen Bürgerkriegvorbereitungen in Thüringen aus der Luft gegriffen seien. Es sei in keinem Falle bisher festgestellt worden, daß die Vaterländisch-völkischen Verbände in Thüringen bewaffnet sind oder Bestrebungen verfolgen, die den Gesetzen zuwiderlaufen. Was die angebliche auch in der sozialdemokratischen Presse mitgeteilte Bewaffnung des Wiking-Bundes in Thüringen anlange, so sei dem Minister zwar aus der Zeitung ein Schreiben bekannt, in dem die Bundesleitung auf ein eigenmächtiges Vorgehen des Bezirks Thüringen Bezug nimmt. Soweit damit eine etwaige Bewaffnung gemeint sei, könne sich diese nicht auf das politische Thüringen beziehen, da Waffenfunde in Thüringen dem Ministerium bekannt sein müßten. Ebenso unrichtig oder erfunden seien die Behauptungen von Felddienstübungen in der Gegend von Rudolstadt, Frankenhausen und Ruhla.

Auf die sozialdemokratische Anfrage nach der Stellungnahme der Regierung zu dem bekannten Schritt der 31 Jenaer Professoren antwortete der volksparteiliche Volksbildungsminister Leutheusser, daß es nicht seine Aufgabe sei, die Angelegenheit gefühlsmäßig zu bewerten und etwa zu erklären, ob der Schritt der Professoren bedauerlich sei. Die Angelegenheit sei vielmehr eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Universität Jena, da es sich beim Schreiben der 31 Professoren um eine private Aeußerung handle. Eine disziplinarische Ahndung sei abzulehnen.

Die Demokraten und Sozialdemokraten wandten sich mit Entrüstung gegen diesen Standpunkt, insbesondere rügte der demokratische Abgeordnete Professor Krüger die Haltung der Professoren als grobe Taktlosigkeit gegen die deutsche Republik. Der Sozialdemokrat Greil, der frühere Volksbildungsminister, ließ die einzelnen Professoren, die den Brief unterschrieben haben, vorüberziehen und kam zu dem Ergebnis, daß gerade die 31 den Hauptteil von Schuld daran trügen, wenn in der Bevölkerung die Jenaer Universität als eine der ersten Brutstätten der Reaktion Deutschlands bezeichnet würde. Nach der Jenaer Universität führen Spuren der Rathenaumörder, von Fememorden, beim Hitlerputsch hätten sich Hunderte von Jenaer Studenten in Bayern zur Verfügung gestellt. Keine andere Universität in Deutschland sei so reaktionär wie die Jenaer.

Die Debatte wurde noch nicht abgeschlossen. Die Abstimmung über eine von den Demokraten eingebrachte Mißbilligung ist ausgesetzt worden.

Kabinett Briand unverändert.

Die Finanzmaßnahmen.

Paris, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte über eine bevorstehende Umbildung oder Erweiterung der Regierung sind am Mittwoch wiederholt dementiert worden. Nach Schluß des Kabinettsrats am Mittwoch haben Innenminister Durand, Finanzminister Péret, Kriegsminister Painlevé und Ministerpräsident Briand die volle Einigkeit sämtlicher Regierungsmitglieder versichert. Trotzdem gehen in den Wandelgängen der Kammer die Unterhaltungen über die politische Rückwirkung der Währungskrise weiter.

Die vom Ministerrat am Mittwoch beschlossene Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Lage, sondern die Ausführung früherer Versprechungen der Regierung, so die Aufhebung des Gesetzes gegen Kapitalflucht, wobei der Zeitpunkt der Aufhebung dem Finanzminister überlassen bleibt. Das Gleichgewicht des Budguts für 1927 soll durch Einschränkung der Ausgaben sichergestellt werden, ohne daß die Loucheur-Steuer (Zuschläge auf die direkten Steuern) nach ihrem Ablauf erneuert oder durch eine andere Steuer ersetzt werden soll. Daraus wird sich eine bedeutende Verminderung der Lasten ergeben, die auf den Wertpapieren ruhen, wobei die Möglichkeit nicht ausgeschaltet wird, die Zins- und Kuponsteuer weiterhin zu ermäßigen.

Der Kabinettsrat hat vorläufig nur den Landwirtschaftsminister Binet beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Rückerstattung des Weizenzolles an die Mühlen vorsieht. Man verspricht sich hiervon eine Verbilligung des ausländischen Weizenmehls.

Die deutschen Goldmillionen.

Paris, 9. Juni. (EP.) Das Pariser Bureau des Generalzahlungsagenten teilt mit, daß Deutschland vom 1. September 1925 bis 31. Mai 1926 823 294 982 Goldmark bezahlt habe, wovon 403 462 160 an Frankreich fielen.

Erlebnis in der Staatsbibliothek.

Die Preußische Staatsbibliothek ist ein imposanter Bau Unter den Linden. Drei riesige Torbogen scheinen den Vorübergehenden geradezu zum Eintritt zu nötigen; aber wenn er nahe genug heran ist, sieht er, daß nur der mittlere von ihnen geöffnet ist, und auch der nur zur Hälfte. Vielleicht ist das symbolisch zu nehmen... aber dazu muß ich erst ein Erlebnis erzählen.

Die Staatsbibliothek dient bekanntlich der Wissenschaft und Bildung in Preußen. Wer an der Berliner Universität immatrikuliert ist, erhält von vornherein eine Karte für diese Bibliothek. Die übrigen Sterblichen müssen betreffs Stand, Beruf usw. erst ein Kreuzverhör über sich ergehen lassen. Dann dürfen sie sich für fünf Reichspfennige eine Karte zur Bürgschaftserklärung kaufen, falls sie diese Vorprüfung zur Zufriedenheit bestanden haben. Es gibt nun einen Aushang in der Bibliothek, demzufolge Rechtsanwälte, Geistliche, Aerzte und zeichnungsberechtigte Redakteure einer Zeitung Bürgschaft für den künftigen Leser der Bibliothek leisten können. Man begreift, daß für die oft recht wertvollen Stücke der Bücherei irgendeine Sicherheit geboten werden muß, und ersteht also wie alljährlich die gelbe Karte, die einen gewissermaßen zum ehrlichen Menschen stempelt, sobald sie von irgendeiner Amtsperson ausgefüllt ist.

Da man selber ein Zeitungsmensch ist, liegt es natürlich nahe, daß man sich ebenfalls an einen Zeitungsmenschen wendet. Der verantwortliche Redakteur des Ressorts, in dem man arbeitet, macht gute Miene zum bösen Spiel und setzt seinen Namen, seinen Titel, seine Privatwohnung und den Stempel seiner Redaktion auf die bedeutungsvolle Karte. Triumphierend zieht man dann wieder in die Leihkartenausgabestelle ein. Also, bitte, ich klaue wirklich nicht!

Man glaubt gar nicht, welch eine klösterliche Ruhe in diesem Zimmer herrscht. Nichts, aber auch nichts regt sich. Vielleicht ist wirklich niemand in diesem Raum. Aber doch, da bewegt sich's hinter einem Pult. Siegesgewiß reckt man die gelbe Karte. „Welchen Beruf haben Sie?" „Journalistin." „Da müssen Sie einen Ausweis haben!" Einen nur; o, das ist schnell getan. Da ist erst einmal die Mitgliedskarte zum Reichsverband der deutschen Presse, dann die Ausweiskarte vom „Vorwärts", der Wahlausweis und schließlich noch ein Ausweis mit Lichtbild. Die Hand packt eilig alle vier. Aber da will der gestrenge Herr schon nichts mehr sehen. Zornig runzelt er die Stirn und erklärt: „Die Bürgschaft genügt nicht." Wieso, bitte? Ja, das ist eben eine durchaus private Bürgschaftserklärung; Bürgschaft muß aber die ganze Zeitung leisten. Man erschrickt ein wenig bei dem Gedanken, weil man gefährliche Physiognomie man haben muß, versucht aber doch einen Hinweis darauf, daß ja Geistliche, Rechtsanwälte und Aerzte schließlich auch Privatpersonen seien. Doch da sitzt der korrekte Herr schon wieder. Man könnte schwören, daß weder das Wort „bitte" noch irgend sonst eine überflüssige Höflichkeitsäußerung über seine Lippen kam. „Wenden Sie sich an Schalter 1 der Buchausgabe!" Damit ist man entlassen.

Man tritt ein und läßt nicht alle Hoffnung fahren. Außerdem braucht man das Buch über ostasiatische Kunst dringend. Doch das ändert nichts. Rede hin, Rede her, der Name des Redakteurs ist zwar aus jeder Nummer der Zeitung zu erfahren, der Reichsverbandsausweis ist auch noch immer zur Hand — hilf Himmel, welchem Zille-Modell muß man wohl gleichen! Was bleibt übrig — man bescheidet sich. „Aber bitte, wie muß die Bürgschaftserklärung denn nun richtig aussehen?" „Ja, da gibt es doch ... den Verlag (!) zum Beispiel." Jetzt kriegt man einen ehrlichen Schreck. Der Verlag — ja, der hat eigentlich nur schlechte Erfahrungen mit einem gemacht; denn wann anders hat man mit ihm zu tun, als wenn man Geld haben will, manchmal sogar — nein, wirklich nicht übertrieben oft — Vorschuß; persönlich ist man dort so gut wie unbekannt. Man versucht eine Einwendung. „Also bitte, gehen Sie und tun Sie, wie ich Ihnen sagte!" wird sie energisch abgeschnitten. Hurra, wenigstens bitte!!!

Ich schrieb diese Zeilen ausdrücklich für die Herren der Staatsbibliothek, damit sie doch sehen, daß man mich wirklich druckt und ich zumindest in dieser Hinsicht rehabilitiert bin. Außerdem werde ich auf der Rückseite meiner Karte Unterschriften und Stempel sammeln, soviel ich erwischen kann. Eine davon wird dann hoffentlich dem geheimnisvollen Ritus, der den Gebrauch dieser Bücherei des preußischen Volkes regelt, entsprechen! Trude E. Schulz.

Der Austritt aus dem Bühnenverein. Ueber die Gründe, weshalb die Theaterdirektoren Reinhardt, Barnowsky, Robert und Friedmann-Frederich ihren Austritt aus dem Deutschen Bühnenverein erklärt haben, macht Edmund Reinhardt dem „Berliner Tageblatt" folgende Angaben: „Im Deutschen Bühnenverein, der Vereinigung aller deutschen Theaterdirektoren, überwiegen städtische und staatliche Bühnen, die Subventionen erhalten und Steuerfreiheit genießen. Durch dieses Uebergewicht staatlich oder städtisch subventionierter Bühnen im Deutschen Bühnenverein sehen sich die Privattheater in dieser Direktorenorganisation schon seit langer Zeit im Nachteil. Denn gerade an dem Kampf der Privatbühnen um eine Herabsetzung der Vergnügungssteuer sind die subventionierten Theater desinteressiert, da sie als städtische oder staatliche Bühnen von diesen übermäßigen Steuerlasten nicht betroffen werden. Durch diese Struktur des Bühnenvereins ist es vielleicht bedingt, daß die eigenen und besonderen Interessen der Privattheater nicht immer nachdrücklich genug wahrgenommen werden können."

Staatshilfe für die Oper in Königsberg. Die Oper in Königsberg i. Pr. (Stadttheater) befindet sich, einer Kleinen Anfrage volksparteilicher Landtagsabgeordneter zufolge, in einer Notlage. Auf das Ersuchen an das Staatsministerium, die Oper durch Hergabe von Mitteln zusammen mit der Provinz und Stadt in ihrem Bestande zu sichern, weist der preußische Kultusminister in seiner Antwort darauf hin, daß sowohl im vorhergehenden wie im abgelaufenen Rechnungsjahr die Oper in Königsberg nach Maßgabe der für Zwecke der Landesbühnenorganisation zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt worden ist. Darüber hinaus hat sie laut Amtlichem Preußischen Pressedienst im Februar dieses Jahres noch einen Betrag von 50 000 Mark erhalten. Eine Schließung der Oper ist dadurch vermieden worden.

Der Radio-Automat. In Amerika sind seit einiger Zeit Radio-Automaten in Gebrauch, d. h. Radio-Empfänger, die durch Einwurf eines Geldstücks in Benutzung gesetzt werden. Man kann dann fünf Minuten lang an einer Rundfunk-Darbietung teilnehmen. Nach vier Minuten flammt eine rote Glühlampe auf und zeigt den Beginn der letzten Minute der Vortragsration an. Auf der einen Seite der Maschine ist eine Tabelle angebracht, welche die Zeittafeln der verschiedenen Stationen und ihre Wellenlängen angibt. Nach Einwurf der Münze ist man in der Lage, den Apparat auf die gewünschte Sendestation einzustellen. Ein Lautsprecher übermittelt dann den Programmteil, in den man sich eingeschaltet hat.

Flüssiges Aluminium. Das Aluminium besitzt verschiedene hervorragende Eigenschaften, die es für manche Zwecke besonders geeignet erscheinen lassen. Besonders sind dabei sein unveränderlicher Silberglanz und seine Widerstandsfähigkeit gegen äußere Einflüsse hervorzuheben. Die bisher üblichen Verfahren, ein unedles Metall mit einem Schutzüberzug aus edlem Metall zu versehen, sind aber beim Aluminium nicht verwendbar. Nun ist es neuerdings gelungen, wie in „Reclams Universum" mitgeteilt wird, das Aluminium zu verflüssigen und als wertvolles Anstrichmittel zu benutzen. Es werden nämlich dünne Aluminiumplatten zerstampft, die einzelnen Metallteilchen werden durchgesiebt und mit Lack oder einer anderen passenden Flüssigkeit vermischt. Der neue Anstrich hat sich besonders bei Straßenlaternen bewährt, da die hohe Temperatur der Flamme und die Verbrennungsprodukte des Leuchtgases das Aluminium nicht angreifen, die Leuchtkraft aber durch den silberhellen Glanz des Anstriches wesentlich verstärkt wird. Auch als Wärmeschutz bewährt sich der Aluminiumüberzug; so verringert sich bei einem mit Aluminium überzogenen Verdeck eines Kraftwagens die Einwirkung der Sonnenhitze um 50 Proz.

Die „Volkstümliche Kunstschau" eröffnet ihre nächste Ausstellung in Räumen des Warenhauses Joseph & Co., Neukölln, Berliner Straße, am 15. Juni. — Die angekündigte Ausstellung bei Tietz, Frankfurter Allee, wird erst im Monat Juli stattfinden.

Die Oeffnung des Hohenzollern-Museums. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird das Staatsministerium das Hohenzollernmuseum für den Publikumsbesuch wieder freigeben, sobald die notwendigen, bereits vor längerer Zeit in Angriff genommenen Umordnungsarbeiten zum Abschluß gebracht sind.

Kunstgewerbehaus Friedemann u. Weber. Im Rahmen der Ausstellung „Für Landhaus und Garten" spricht am 15., abends 6 Uhr Architekt Berthold Körting über „Blumen in Garten und Haus".

Mary Wigman begibt sich im Oktober auf eine Ostsee-Solotournee, und zwar zunächst nach den Randstaaten: Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, und wird anschließend daran ein Sologastspiel in Berlin geben. Augenblicklich bereitet sie einen Gruppentanz vor, dessen Uraufführung im Januar in Berlin stattfindet. Danach wird sie mit ihrer Tanzgruppe eine Tournee durch Holland, Skandinavien, Schweiz und Italien antreten.

„Der Barbier von Pempelfort" wieder frei. Der Elberfelder Staatsanwalt, der wegen dieser Komödie gegen ihren Verfasser, Hans Müller-Schlösser, das Verfahren einleitete, hat dieses wieder eingestellt.

Wettbewerb für den Bau des Völkerbundshauses. Der Völkerbundsrat beschloß, daß an dem internationalen Wettbewerb für Entwürfe zum Bau eines Versammlungshauses des Völkerbundes auch deutsche, Saarländer und Danziger Architekten teilnehmen können.

Vom antiken Theater in Korinth ist bei den letzten Ausgrabungen der Orchestraum freigelegt und dabei eine Reihe hervorragend schöner Reliefarbeiten ans Tageslicht gefördert worden.

Sir Frederick Mott, einer der bedeutendsten Nervenärzte Englands, ist in Birmingham im Alter von 72 Jahren gestorben.

Giacomo Matteotti.

Zwei Jahre nach seiner Ermordung durch Mussolini.

Im Frühjahr 1924 nahm der Abgeordnete und Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens, Giacomo Matteotti an einem Parteitag in Paris teil. Ein französischer Genosse fragte ihn nach den Verhältnissen im faschistisch gewordenen Italien und meinte, es müsse doch für die exponierten Führer der italienischen Partei nicht gefahrlos sein, den Kampf gegen dieses gewalttätige Regime zu führen. Darauf antwortete Matteotti sehr ruhig: „Die Sache ist sehr einfach: wenn man am Vormittage seine Wohnung verläßt, weiß man nie, ob man sie je wiedersehen wird."

Daß das keine Uebertreibung war, dafür sollte Matteotti selbst kurze Zeit danach blutiges Zeugnis ablegen. Er verließ am 10. Juni 1924 in der Mittagsstunde seine Wohnung am Longo Tevere, am Tiberufer, wurde von einigen Männern überfallen, in ein Auto geschleppt — und einige Tage danach fand man seine verstümmelte Leiche in der Umgebung von Rom.

Matteotti hatte sich den Haß der Faschisten und vor allem Mussolinis in besonderem Maße zugezogen, daß er unter allen tapferen Gegnern der neuen Tyrannei der unerschrockenste war. Er hielt Versammlungen ab, er schleuderte in der Kammer dem Mussolini seine Anklagen ins Gesicht, er zeigte sich am Tage ohne Begleitung in den Straßen Roms und jede Minute seines Lebens war dem heiligen Kampfe für Recht und Freiheit geweiht. Er stammte aus wohlhabendem Hause, hätte es demnach gar nicht nötig gehabt, seine Existenz so vollständig dem politischen Kampfe zu widmen und den ganz besonders gefährlichen Posten eines Generalsekretärs der Sozialistischen Partei zu bekleiden. Aber gerade weil dieser Posten nach dem Siege des Faschismus der gefährlichste war, übernahm er ihn.

Die Faschisten haben Matteotti ermordet, weil sie seine unermüdliche Aktivität befürchteten. Sie hatten in den ersten achtzehn Monaten ihrer Herrschaft nicht nur die Gewalttaten angehäuft, sondern das gesamte öffentliche Leben in einen Korrumptionssumpf verwandelt. Matteotti hatte darüber umfangreiches Material gesammelt und bereitete vernichtende Enthüllungen vor. Deshalb haben sie ihn ermordet; weil sie wußten, daß sie kein anderes Mittel hatten, um ihn mundtot zu machen, haben sie ihn getötet.

Längst sind alle Einzelheiten über Vorgeschichte, Verlauf und Nachspiel der Matteotti-Tragödie aufgeklärt. Mussolinis engste Mitarbeiter und unmittelbare Werkzeuge, Dumini und Cesare Rossi, haben sie enthüllt. Durch sie weiß man, daß die Anregung zur Beseitigung Matteottis (und auch Amendolas) von Mussolini selbst stammt. Um so schändlicher war das Theater, das der Ministerpräsident aufführte, als er die Tat brandmarkte und der Witwe sein Beileid aussprach.

Unter allen sonstigen, unzähligen Kapitalverbrechen des Faschismus ist die Ermordung Matteottis durch alle ihre Begleitumstände am meisten charakteristisch für den Faschismus: sie war eine unerhörte Mischung von Heuchelei und Bestialität und sie ist auf ewig mit dem Namen Mussolinis verknüpft.

Indem die deutsche Arbeiterschaft am heutigen Tage gemeinsam mit der Arbeiterklasse aller Kulturstaaten und entsprechend einer Anregung der Sozialistischen Arbeiterinternationale den toten Giacomo Matteotti ehrt, gedenkt sie zugleich aller übrigen Opfer des Faschismus aller Länder. An diesem Tage vereinigen unzählige Millionen von Menschen über alle Grenzen hinweg ihre Gedanken auf den Kampfgenossen, der für uns alle starb, aber gerade durch seinen Tod zu einer ewig lebendigen Anklage und zu einer flammenden Mahnung geworden ist, jeder Tyrannei bis auf den Tod zu trotzen.

Karl Gareis.

Noch ein ungesühnter Mord.

Fünf Jahre sind es am 10. Juni, daß Genosse Karl Gareis in München des Nachts heimtückisch von den Kugeln bayerischer Fememörder niedergestreckt wurde. Karl Gareis war bayerischer Landtagsabgeordneter und führte erbittertsten Kampf gegen die Willkür des damals noch allmächtigen völkischen Polizeipräsidenten Pöhner in München, gegen die faschistischen Mörderorganisationen und nicht zuletzt gegen die in höchster Blüte stehenden bayerischen Einwohnerwehren. Dieser rücksichtslose Kampf hat dem erst dreiunddreißigjährigen Abgeordneten das Leben gekostet. Wer diesen im höchsten Sinne reinen und edlen Menschen näher gekannt hat und wem es vergönnt war, mit ihm politisch zusammenzuarbeiten, der weiß, wie sehr Gareis vom Fanatismus der Gerechtigkeit erfüllt, wie ihm Sozialismus die auf's höchste gesteigerte Gerechtigkeit im weitesten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sinne war. Aus dieser Gesinnung heraus kam er zur Aufdeckung der skandalösen Mordaffäre Dobner-Pracher, wobei er das Zusammenspiel Münchener Polizeistellen mit den nationalistischen Mörderbanditen enthüllen konnte. Schließlich gelang es ihm, zusammen mit dem Genossen Timm, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag durchzusetzen. Mit Recht brachte Gareis den Mordanschlag auf Dobner in Verbindung mit der ebenfalls noch ungesühnten Ermordung des Dienstmädchens Sandmeyer durch Fememörder. Die Sandmeyer war im Forstenrieder Park nahe bei München auf grauenhafte Weise gemeuchelt worden und an ihrer Leiche fand man einen handbeschriebenen Zettel mit der Aufschrift:

„Du Schandweib hast verraten dein Vaterland,
Drum hat dich gemordet die Schwarze Hand."

Alle Umstände, die im Falle Sandmeyer festgestellt werden konnten, weisen deutlich auf die Kreise bayerischer Faschisten hin, die auch noch andere Mordtaten auf dem Gewissen haben. Wer denkt bei dem Zettel an der Leiche nicht an den Brief Mayer-Kays, des früheren Vorsitzenden der bayerischen Königspartei, wonach der damalige zweite Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr, Herr Kanzler, der Ansicht ist: „Die Verräter sind umzubringen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmals, das die Motive der Tat zweifelsfrei erscheinen läßt. Der Führer braucht bei der Ausführung nicht ängstlich zu sein. Hinter ihm (Kanzler) stehe der Ministerpräsident."

Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags wurde dann von den bürgerlichen Parteien unter Führung des damaligen Abgeordneten und jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Held die Aufklärung über die Münchener Mörderzentrale verhindert. Bald darauf ist Gareis ermordet worden. Im Juni 1922 beschuldigte die Münchener Morgenpost nach der Ermordung Rathenaus den jetzigen Ministerpräsidenten Held unter Hinweis auf die unter seiner Führung verhinderte Untersuchung gegen die Mörderzentrale der Begünstigung des Mordes an Gareis, Erzberger und Rathenau, denn erst dadurch wurde der „Mörderzentrale" Gelegenheit gegeben, sich weiter auszudehnen, sich fester zu organisieren und ihre Anschläge gegen die Republik und ihre Vertreter auszuführen". Aber man hat nichts davon gehört, daß Herr Held sich gegen diesen schweren Vorwurf gewehrt hätte. Dieselben Leute, die damals die Verfolgung der Mörderzentrale und die Aufdeckung ihrer Zusammenhänge mit der Münchener Pöhner-Polizei sabotiert haben, schlugen nun vor nicht langer Zeit im „Bayerischen Kurier" — dem Organ der Bayerischen Volkspartei — Klagelieder darüber an, daß in Bayern die Aufklärung der völkischen Fememorde so sehr zu wünschen übrig lasse, während man in Norddeutschland viel nachhaltiger zupacke. Vielleicht liest die Redaktion des „Bayerischen Kuriers" einmal die Landtagsprotokolle von 1921 durch, dann wird sie bald wissen, daß es ihre eigene Partei war, die mit Held an der Spitze die Aufklärung der Fememorde von 1920/21 mit Energie und Erfolg so gründlich verhindert hat, daß spätere Fememorde in Ruhe und Sicherheit vorbereitet und ausgeführt werden konnten.

Der Mord an Karl Gareis ist heute, nach fünf Jahren, immer noch nicht gesühnt! Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß dem damaligen Polizeipräsidenten Pöhner der Mörderkreis bekannt war. Er behielt deshalb auch die Bearbeitung des Falles solange in seinem Bereich, bis der Mörder in Sicherheit war. Dann erst bekam ein einwandfreier Beamter die Sache zur Bearbeitung. Einen Leutnant Schweighart hat man später in Oesterreich verhaftet und wegen Mordverdachts an Gareis ausliefern lassen. Er saß längere Zeit in Untersuchung, wurde aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Ob sich in München jetzt überhaupt noch jemand mit der Aufklärung dieses Fememordes befaßt? Wir wissen es nicht. Es bleibt nach Kenntnis bayerischer Verhältnisse jedenfalls zu bezweifeln, daß der Mörder gefaßt wird.

Der Mord an Gareis wird wohl ungesühnt bleiben. Die sozialistische Bewegung hat mit diesem am Beginn seiner politischen Laufbahn Ermordeten einen hingebungsvollen, von hohem Idealismus erfüllten Streiter, eine wertvolle Führernatur verloren. Gareis war einer von den wenigen Intellektuellen, die aus dem Erlebnis des Krieges nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Konsequenz zogen, daß es die Aufgabe der Geistigen sei, in Reih und Glied mit dem Proletariat für eine neue, gerechtere Ordnung zu kämpfen. Sein starkes innerliches Reinlichkeitsgefühl ließ ihn den in Bayern besonders kotigen Schmutz des politischen Tageskampfes immer besonders schmerzlich empfinden. Aber um des Zieles willen ertrug er ihn und in einem Brief vom August 1919 schrieb er darüber: „Es gehört Stärke dazu, tagtäglich diesen Kontrast zwischen politischem und ästethischem Leben am eigenen Leibe zu empfinden, und nicht vor der einen Forderung zugunsten der anderen zu kapitulieren. Aber ich glaube, nur wer schließlich diese Fähigkeit besitzt, sich der Forderung des Tages hinzugeben, ohne dabei sein Selbst zu verlieren, der zählt zu den Aktivisten."

Felix Fechenbach.

Politische Justiz und Justizkorruption.

Rede des Abg. Heilmann im Landtag.

Im Landtag sprach gestern nach den Ausführungen des Abg. **Körner** (Völk.), die durch Staatssekretär **Fritze** richtiggestellt wurden, Abg. **Heilmann** (Soz.) zum Justizetat. Er wies zunächst die Angriffe gegen Kutzner zurück, besonders die Aeußerung des deutschnationalen Abg. Seelmann, es sei nur einmal vorgekommen, daß ein sozialdemokratischer Redner objektiv zur Justiz gesprochen habe, das sei Abg. Freymuth gewesen, der dafür sofort durch einen Zwischenruf seiner Genossen rektifiziert worden sei. Es habe sich damals um die strittige Frage des Anstellungsverhältnisses der Berufsrichter gehandelt, die durch das Heidelberger Programm inzwischen erledigt worden sei. Zum Thema übergehend, bemerkte der Redner, tatsächlich werde die Justiz politisch korrumpiert überall da, wo eine Rechtsregierung am Ruder sei. Das beweist Braunschweig! Das beweist auch Thüringen, so der Versuch einer politischen Beeinflussung der Staatsanwaltschaft in Jena im Falle Loeb. Der Vorwurf, daß in Preußen die Regierung versuche, die Justiz politisch zu beeinflussen, sei von der Sozialdemokratie nicht erhoben. Herr Seelmann habe die Kritik auch unsachlich genannt. Von ein paar Verbrechen in der Justiz spricht man nicht, über die kann der Strafrichter richten. Wir sprechen nur von den Richtern, die anständig und gutgläubig gerechtes Urteil fällen. Ein Kollegium aus den Herren Stendel, Eichhoff, Seelmann, Deerberg und Herrn Waldthausen würde zweifellos den Willen haben zur Gerechtigkeit. Objektiv würde es aber einem Sozialdemokraten gegenüber nicht sein können: Das habe er selbst erfahren, er habe ja einmal vor diesem Kollegium gestanden. (Heiterkeit.)

Die schiefen Urteile in fast allen politischen Prozessen erklärten sich eben daraus, daß die meisten Richter rechts gerichtet seien.

Die Studierenden der Rechtswissenschaft stammen — man kann ruhig sagen — zu 100 Proz. nicht aus Arbeiterkreisen, sie stammen zum mindesten zu 90 Proz. aus besitzenden Kreisen. In ihrer Studentenzeit folgen diese Studenten der Jurisprudenz in überwiegender Masse der Führung der Herren Schaumlöffel und Biertimpel, der beiden berühmten Namen. (Zurufe rechts.) Schaumlöffel war der Führer der Studenten, die bei Mechterstedt „Ordnung" geschaffen haben, und Biertimpel war der Vorsitzende der Berliner Studentenschaft. Welche Rolle die beiden Herren sonst spielen, ist Ihnen ja bekannt. Wenn die Studierenden der Jurisprudenz dann Richter oder Anwärter auf die Richterschaft werden, kommen sie in einen gesellschaftlich und politisch geschlossenen Kreis, in dem sie nur die Anschauung der rechtsstehenden Parteien zu hören bekommen. Ich war vor einigen Tagen in einer großen Stadt Westfalens, in der die Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, über 80 Proz. der Wähler hinter sich haben. Am dortigen Amts- und Landgericht sind etwa 80 Richter; von denen seien 3 Republikaner, und zwar einer Sozialdemokrat, einer Demokrat und einer Zentrumsmann; im übrigen sei noch ein reichliches Dutzend Richter da, die sich um Politik überhaupt nicht kümmern; die restlichen, mehr als 60 Richter, seien ausgesprochen rechtsparteilich eingestellt. (Hört! hört! links.) So wie es in dieser großen Industriestadt Westfalens ist, ist es in ganz Preußen, in den östlichen Provinzen noch etwas schlimmer. (Sehr wahr! links.) Daher kommen schiefe Urteile in fast allen politischen Prozessen. So ist es auch zu erklären, daß die Verurteilung des Redakteurs der „Kreuz-Zeitung", Fernandes, wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun zu der Vermutung Veranlassung gegeben hat, der Vorsitzende des Gerichts gehöre wahrscheinlich einer republikanischen Partei an. Den Richtern fehlt fast zumeist Objektivität und Selbstkritik. Ein unberechtigtes Pharisäertum zeigt sich bei ihnen.

Die Hamburger Rede des Ministerpräsidenten haben die Rechtsparteien noch immer nicht verschmerzt. Herr Seelmann meinte, Braun habe in Hamburg die Justiz deshalb so scharf angegriffen, weil er das noch von seiner Tätigkeit als Parteisekretär her so gewohnt sei. Daran ist soviel richtig, daß Braun die Justiz gut kennt. Er wurde einst als Parteisekretär wegen angeblich versuchten Hochverrats gegen den russischen Zaren monatelang in Königsberg in Untersuchungshaft gehalten, obwohl er an einer schweren Blinddarmentzündung erkrankte.

Der Untersuchungsrichter gab dem Anwalt auf den Antrag auf Befreiung des jetzigen Ministerpräsidenten aus der Untersuchungshaft die schriftliche Antwort, bei Blinddarmentzündung sei Ruhe das Notwendigste und die sei am besten in der Gefängniszelle gewährleistet. (Hört! hört! links.)

Unsere Kritik ist mit ein paar oberflächlichen Worten nicht abzutun. Wir haben im übrigen gute Zeugen dafür, daß eine Klassenjustiz, oder besser eine politisch ungerechte Justiz, tatsächlich besteht.

Ein hoher Richter, der auf dem rechten Flügel der Volkspartei stehende Reichstagsabgeordnete Heinze, hat einmal erklärt: Die Klagen über Klassenjustiz kann ich bei objektiver Prüfung nicht durchweg als unberechtigt erklären. Es ist zuzugeben, daß bezüglich des Strafmaßes vielfach bei politischen Prozessen hart geurteilt wird, während, wenn die sogenannten gebildeten Stände in Betracht kommen, außerordentlich milde Strafen verhängt werden. (Hört, hört b. d. Soz.)

Zentrumsabg. Schmidt-Lichtenberg hat mit vollem Recht gesagt: Urteile sind etwas ganz anderes als seine Gesinnung dokumentieren. Weiter hat erst vor einigen Tagen Ministerialdirektor Tiesing in einer Kritik der Beratungen unseres Justizetats betont, daß allgemein ausdrücklich anerkannt worden sei, daß die Richter den festen Willen hätten, der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, daß sich aber niemand, sei er nun rechts oder links eingestellt, von dem Boden seiner Weltanschauung loslösen könne.

Daraus ergibt sich für uns die Forderung, die Gerichtshöfe politisch gut zu durchmischen und alle Anschauungen darin sitzen zu lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.). Insbesondere verkennen die Richter, so führt der Redner weiter aus, den Unterschied zwischen Beleidigung und planmäßiger Verleumdung. Bezeichnend ist auch die Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Borck in einer Versammlung der Wehrverbände, die in einem Saal des Landtags abgehalten wurde, in der es hieß, der Kampf gegen die bei den Enthüllungen über einen Rechtsputsch beteiligten Personen müsse persönlich geführt werden. Er müsse sich richten gegen Friedensburg, gegen den Regierungsassessor Dr. Schmidt, einen galizischen Juden und gegen die beiden Kriminalkommissare. (Hört, Hört! links). In der Politik komme es nur auf den Erfolg an, der Zweck müsse auch hier die Mittel heiligen. (Wiederholtes lebhaftes Hört, Hört!) Die Justiz ist heute nicht das Fundament des Staates. Der Spruch „justitia fundamentum regnorum" trifft heute nicht zu. Wir werden dafür sorgen, daß die Justiz zum Fundament des Staates wird. (Stürm. Gelächter und Protestkundgebungen rechts. Anhaltender starker Beifall links.)

Zum Schluß verlangte Abg. Heilmann im Anschluß an die Milderung der Abtreibungsparagraphen eine Begnadigung all derjenigen Personen, die nach dem alten Paragraphen verurteilt wurden. Ebenso wünschte er baldige Begnadigung für Max Hölz, der nun schon seit fünf Jahren im Zuchthaus sitze und im Vergleich mit den Rechtsverschwörern viel zu hart bestraft sei. (Sehr richtig b. d. Soz.)

Nach einer längeren Debatte und nachdem die Abstimmung über die Abgabe der Stimme im Reichsrat wiederum an der Sabotage der gegnerischen Parteien gescheitert war, erklärte Abg. **Borck** (Dnat.), er habe nie an einer solchen Versammlung teilgenommen, wie der Abg. Heilmann behauptet habe, er habe also auch nicht in einer solchen die behaupteten Aeußerungen getan.

Abg. **Heilmann** (Soz.) hält seine Behauptungen aufrecht und erklärt, die Versammlung habe am 2. Juni in Saal 8 des Landtages stattgefunden; an ihr habe auch Herr v. Sodenstern teilgenommen.

Abg. **Borck** entgegnet, wenn Heilmann an seiner Behauptung festhalte, trotz der von ihm abgegebenen Erklärung, so sei das eine Verleumdung. (Lebhafte Zurufe rechts gegen Heilmann: Berufsmäßiger Lügner, Ehrabschneider!) Herr v. Sodenstern sei überhaupt noch nicht im Landtag gewesen. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr: Weiterberatung des Justizhaushaltes, kleine Vorlagen, Wesermünde.

Schluß 5 Uhr 30 Min.

Claß / Hugenberg / Neumann.

Neumann Vorsitzender im Hugenberg-Konzern!

Lübeck, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht). Von neuem steht der soeben gestürzte Exbürgermeister Neumann im Mittelpunkt eines politischen Skandals. Durch einen Zufall kam der „Lübecker Volksbote" dahinter, daß Neumann während seiner Amtszeit als Staatsoberhaupt gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der August Scherl G. m. b. H. war, ohne daß auch nur seine engeren Senatskollegen etwas davon ahnten. Diese August Scherl G. m. b. H. ist Besitzerin des „Lokal-Anzeigers" und des „Tag", sie bildet das Kernstück des Hugenberg-Konzerns. Ihr Verwaltungsrat übt die Funktion aus, die bei einer Aktiengesellschaft dem Aufsichtsrat zusteht.

In die Enge getrieben durch die Angriffe unseres Parteiorgans, mußte Neumann die Tatsache zugeben, doch berief er sich auf eine angebliche Genehmigung des Senats aus dem Jahre 1916! Das ist geradezu belustigend anzusehen angesichts der Tatsache, daß es damals weder einen Hugenberg-Konzern noch einen Bürgermeister Neumann gab. Weniger belustigend ist es angesichts des Umstandes, daß er sich von dem Gesamtsenat zum Bürgermeister wählen ließ, ohne daß die inzwischen eingetretenen sozialdemokratischen Senatoren von seinen industriellen Stellungen — er hatte deren noch mehrere ähnliche inne — etwas ahnten. Noch in seiner jüngsten großen Verteidigungsrede vor der Bürgerschaft, in der er die preußischen Beamten aufs heftigste beschimpfte und seine Beziehungen zu Claß und Hugenberg angeblich mit „rückhaltloser Offenheit" darlegte, verschwieg er diese geschäftlichen Beziehungen. Auf die entscheidende Frage, wie hohe Zuwendungen er vom Hugenberg-Konzern erhielt, ist er bis heute die Antwort überhaupt noch schuldig geblieben.

Nachspiel zum Pilsudski-Putsch.

Moskau rüffelt die polnischen Kommunisten.

Moskau, 9. Juni. (EP.) Die Dritte Internationale veröffentlicht ein Schreiben an die polnischen Kommunisten. Nach der Feststellung, daß sich die polnischen Kommunisten auf die Seite Pilsudskis gestellt und dadurch die kommunistische Bewegung in Polen bloßgestellt hätten, fordert das „Etti" seine Anhänger in Polen zum Kampf gegen den Faschismus und gegen die Anhänger Pilsudskis auf. Den polnischen Kommunisten wird wegen ihres Verhaltens während der Mairevolution eine Rüge erteilt.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsgerichtsberatung im Ausschuß.

Besondere Arbeitsgerichtsbehörden beschlossen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichsatgs hat zu Beginn seiner gestrigen Sitzung, wie wir schon kurz meldeten, zunächst die grundsätzliche Abstimmung über § 1 vorgenommen und dabei den Antrag der Rechtsparteien auf Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte abgelehnt. Die angenommene und grundlegende Fassung lautet jetzt:

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen liegt den Arbeitsgerichtsbehörden ob.

In der weiteren Beratung über die sachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte begründete Genosse **Aufhäuser** eine Reihe von Verbesserungsanträgen, die die sozialdemokratische Fraktion gestellt hatte, und die zum großen Teil auch die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses fanden. So wurde beschlossen, daß die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, sondern auch für solche über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifverträgen zuständig sind. Eine solche Bestimmung war vor allem notwendig, nachdem die Arbeitgeberverbände neuerdings immer mehr dazu übergehen, sich durch Satzungsänderungen selbst tarifunfähig zu machen. Ebenfalls angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, wonach die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeits- oder Lehrerverhältnis, sondern auch bei dessen Nachwirkungen (Auskunftserteilung usw.) zuständig sind. Dem Antrag, die Erfinderrechtsstreitigkeiten in die Arbeitsgerichte einzubeziehen, stimmte der Ausschuß ebenfalls zu. Dagegen fand der Antrag auf Einbeziehung der Seeleute bei den bürgerlichen Parteien leider keine Mehrheit. Der Ausschuß nahm weiter einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach Streitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, die zwar nicht den Arbeitsvertrag betreffen, aber mit dem Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen, vor die Arbeitsgerichte gehören. Genosse **Aufhäuser** wies zur Begründung vor allem darauf hin, daß Vergehen von Unternehmern gegen ihre weiblichen Angestellten auf Grund des bestehenden sozialen Abhängigkeitsverhältnisses von den Arbeitsgerichten unter Mitwirkung weiblicher Laienbeisitzer abgeurteilt werden müssen. Schließlich wurden die Arbeitsgerichte auch für Rechtsstreitigkeiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegenüber ihren Mitgliedern als zuständig erklärt. Ein sozialdemokratischer Antrag, auch die Rechtsstreitigkeiten der Beamten aus ihrem Dienstverhältnis vor die Arbeitsgerichte zu bringen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Der Rummelsburger Streik erfolgreich beendet.

Der VBMI. hat Angst vor der Presse.

Gestern nachmittag nahmen die streikenden Eisenkonstruktionsarbeiter des Kraftwerkes Rummelsburg und die in den Streik mit hineingezogenen Bauarbeiter nochmals Stellung zu dem Ergebnis der Besprechungen, die am Montag auf Anregung des Oberbürgermeisters Böß zwischen den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Rathaus stattgefunden hatten. Genosse Fuchs vom Metallarbeiterverband gab den Streikenden einen eingehenden Bericht von den Verhandlungen.

Die Metallindustriellen haben sich sonderbarerweise ausbedungen, **daß der Wortlaut der Vereinbarungen nicht in der Presse bekanntgegeben werden solle!**

Diese Bedingung ist lächerlich. Das Verhandlungsergebnis mußte ja schließlich auch den Streikenden unterbreitet werden, da von der Kenntnis das Ergebnis der Abstimmung der Streikenden abhing. Und schließlich untersteht die Presse vorläufig noch nicht der Kontrolle des VBMI.

Die Vereinbarung enthält den Vorschlag, der schon in der Verhandlung unter Vorsitz des Stadtrats Schlichting am 18. Mai unterbreitet wurde. Die acht Punkte dieses Vorschlages lauteten:

1. Jugendliche dürfen auf der Baustelle nicht beschäftigt werden.
2. Kein Arbeiter darf nach Gruppe V bezahlt werden.
3. Der Mindesteinstellungslohn ist 66 Pfg.
4. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Im übrigen ist der Tarif für die Berliner Metallindustrie anzuwenden.
5. Bei Akkordarbeit müssen vor Beginn der Arbeit die Akkordsätze schriftlich festgelegt werden.
6. Die Durchschnittsverdienste, wie sie vom Verband Berliner Metallindustrieller dem Herrn Oberbürgermeister Böß mitgeteilt worden sind, sollen garantiert werden.
7. Die Lohnlisten können von dritten Personen eingesehen werden.
8. **Alle Arbeiter werden bei Beendigung des Streiks wieder eingestellt.**

Bei Punkt 5 ist hinter „die Akkordsätze" noch eingefügt worden „bzw. die Akkordabschläge". Bei Punkt 7 muß es heißen, daß die Lohnlisten nur vom Oberbürgermeister oder einer von ihm beauftragten Person eingesehen werden können. Auch eine sogenannte Höhenzulage ist gewährt worden.

Genosse Fuchs teilte im Anschluß an seinen Bericht mit, daß sich die Streikleitung und auch die Funktionäre eingehend mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigt haben und den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen.

Nach längeren Ausführungen weiterer Organisationsvertreter beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag früh 7 Uhr.

Die Streikleitung forderte nochmals die Streikenden auf, genau so geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen, wie sie von ihnen eingestellt worden ist. Angenommen wurde noch eine Entschließung, in der die Streikenden allen Berliner Arbeitern für die bewiesene praktische Solidarität ihren Dank aussprechen und sich verpflichten, restlos den freien Gewerkschaften beizutreten.

Ueber den erfolgreichen Streik, der die Oeffentlichkeit aus verschiedenen Gründen lebhaft beschäftigte, wird noch einiges zu sagen sein.

Erwerbslosigkeit und Notstandsarbeiten.

Der Schrei der Arbeitslosen nach neuen Notstandsarbeiten hat das Reichsarbeitsministerium und das Preußische Wohlfahrtsministerium veranlaßt, über den Stand der Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge neue Erhebungen vorzunehmen. Im Reich beläuft sich die Zahl der Notstandsarbeiter gegenwärtig auf etwa 170 000 bis 180 000. In Preußen waren nach amtlicher Feststellung bei Notstandsarbeiten Ende März zusammen rund 117 450 Hauptunterstützungsempfänger beschäftigt. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. März rund 1,2 Millionen. Danach waren zu diesem Zeitpunkt also rund 10 Proz. der unterstützten Erwerbslosen bei den Notstandsarbeiten beschäftigt. Bei diesen Arbeiten werden voraussichtlich in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni insgesamt 12 700 000 Erwerbslosentagewerke geleistet werden. Diese Tagewerke verteilen sich auf die verschiedenen Gruppen von Notstandsarbeiten wie folgt: Meliorationen 10 Proz., Straßenbauten 50 Proz., Sport- und Spielplätze 10 Proz., Vorbereitung von Siedlungsgelände und Baustoffherstellung 5 Proz., sonstige Tiefbauten 25 Proz.

Die amtlichen Ziffern zeigen, daß von den maßgebenden Stellen in Preußen wie im Reich die Vermehrung der Notstandsarbeitsgelegenheit mit ganz anderer Energie als bisher in Angriff genommen werden muß. Bei den Meliorationen, dem Straßenbau, Bahnbau und bei der Baustoffherstellung können bedeutend mehr Arbeitslose beschäftigt werden. Wichtiger und dringender aber zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist die Belebung des Baumarktes durch eine großzügige Finanzierung des so notwendigen Wohnungsbaues.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland ausdrücklich den

„Vorwärts"

zu verlangen. Das Parteiinteresse fordert, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der SPD. in allen Verkehrsstätten zu veranlassen. Sollte der Vorwärts an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlg. usw. nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Berlin SW 68, Lindenstr. 3 / Fernspr. Dönhoff 292-297

F86 1563

Deutschösterreichische Gewerkschaften 1925.

Die stärkste Gewerkschaftsorganisation der Internationale

Wien, 9. Juni. Die österreichische Gewerkschaftskommission veröffentlicht jetzt ihren Bericht über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1925. Das vergangene Jahr war das Jahr der stärksten Krise und Arbeitslosigkeit. Die Zahl der zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen betrug 1919 147 191, 1920 32 217, 1921 32 418, 1922 79 094, 1923 143 962, 1924 126 518, 1925 183 626. Zählt man nur jene Organisationen, die bereits Ende 1924 der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs angeschlossen waren, dann ergibt sich ein Verlust von 50 778 Mitgliedern oder 6,13 Proz. Während des Jahres 1925 schloß sich aber der Reichsverband der Gemeindeangestellten der Gewerkschaftskommission an. Er bildet nunmehr mit dem Bunde der öffentlichen Angestellten den „Hauptverband der öffentlichen Angestellten". Durch den Anschluß dieser großen Organisation ist auch die letzte große freigewerkschaftlich orientierte Organisation zur großen Armee der freien Gewerkschaften gestoßen. Zahlenmäßig wirkt sich dieser Anschluß sehr stark aus. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Jahres 30 205, so daß die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften gegenüber dem Jahre 1924 eine Abnahme von nur 20 573 oder 2,48 Proz. erfuhr.

Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß alle Versuche der Unternehmer, die Krise auszunützen und die Gewerkschaften zu schwächen, nicht den gewünschten Erfolg brachten. Die Gewerkschaften sind stark geblieben und haben immer noch mehr als 800 000 Mitglieder. Immer noch hat Oesterreich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die stärkste freigewerkschaftliche Bewegung in der Internationale. Die freien Gewerkschaften haben sich besser behauptet, als es bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu erwarten war.

Im einzelnen ergibt sich die Mitgliederbewegung aus folgenden Ziffern:

1919	772 146	davon weiblich	193 168
1920	900 820	„ „	215 175
1921	1 079 777	„ „	261 540
1922	1 049 949	„ „	232 712
1923	896 763	„ „	203 924
1924	828 088	„ „	190 984
1925	807 515	„ „	185 922

Beachtenswert ist auch diesmal wieder, daß der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliederzahl trotz des Mitgliederverlustes gegenüber dem Vorjahre annähernd gleich blieb.

Die finanzielle Entwicklung zeigt ein sehr günstiges Bild. Trotz Mitgliederverlustes und trotz des durch die große Arbeitslosigkeit verursachten Ausfalles von Beiträgen haben sich die Einnahmen der freien Gewerkschaften gegenüber 1924 wesentlich erhöht. Die große Krise konnte nicht hindern, daß die Leistung des einzelnen beschäftigten Mitglieds an seine Gewerkschaft gesteigert wurde. Diese Tatsache steht wohl, wie der Bericht feststellt, beispiellos da und sagt über die Treue und Aufgeklärtheit der Mitglieder mehr als große Aufsätze vermöchten.

Auch die Ausgaben sind gewachsen. Am stärksten jedoch die Ausgaben für Unterstützungen und in erster Linie die Unterstützungen an Arbeitslose. Manche Gewerkschaften haben rund die Hälfte ihrer ordentlichen Einnahmen für Unterstützungen ihrer Mitglieder ausgegeben.

Die Zeiten der Krise werden von den Unternehmern zu Vorstößen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung benutzt. Alle Angriffe der Unternehmer und der ihnen dienenden Regierung auf die Rechte der arbeitenden Menschen konnten aber abgeschlagen werden (auch die Angriffe auf den Mieterschutz). Im Abwehrkampf standen die freien Gewerkschaften in vorderster Reihe. Ein Jahr der Abwehr war das Jahr 1925 vor allem. Nichtsdestoweniger gelang es den Gewerkschaften, auch manche Lohnerhöhung zu erreichen.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Weiterzahlung der Mietbeihilfe.

In der gestrigen Generalversammlung der Berliner Buchdrucker erstattete Braun den Geschäftsbericht. Daraus geht hervor, daß sich die Situation im Gewerbe in der letzten Zeit wenig verändert hat. Die Prinzipale suchten zahlreiche Verschlechterungen durchzusetzen. Es wurde zu Betriebsstillegungen geschritten und verschiedentlich der Versuch gemacht, durch Entlassung um die Gewährung von Ferien herumzukommen. Stellenweise traten auch Schwierigkeiten in der Zahlung des Lohnes ein. Zahlreiche Klagen mußten vor den Schiedsgerichten vertreten werden.

Infolge der schlechten Konjunktur ist auch die Zahl der Arbeitslosen ziemlich hoch. Die Besichtigung des neugeschaffenen Verbandshauses wurde von weiten Kreisen vorgenommen. Allgemein betrachte man das Haus als Denkmal für die Organisationstreue und Organisationsfestigkeit. Braun wies schließlich noch darauf hin, daß eine würdige Feier am 20. Juni im Großen Schauspielhaus den Auftakt zum Verbandstag bilden solle. Der Gauvorstand hofft auf allseitige Unterstützung für eine gute Ausgestaltung des 60jährigen Verbandsjubiläums.

Wegen der Nichtbenennung kommunistischer Kandidaten für den Verbandstag in der letzten Generalversammlung ist Beschwerde eingereicht worden. Der Zentralvorstand hat diese Beschwerde dem Verbandstag zur Beschlußfassung unterbreitet. Trotzdem führten die Kommunisten gestern darüber eine große und unfruchtbare Debatte herbei.

Die Mietbeihilfe für Erwerbslose in Höhe von 20 M. und für Invaliden in Höhe von 10 M. monatlich soll weiter gewährt werden. Deshalb wurde gegen wenige Stimmen der Beschluß gefaßt, den Beitrag um 50 Pf. zu erhöhen. Diese Maßnahme gilt zunächst für weitere drei Monate.

Der Kampf im englischen Bergbau geht weiter.

London, 9. Juni. (WTB.) Die Regierung beschäftigt sich mit der durch das Scheitern der neuen Verhandlungen im Kohlenstreik geschaffenen Lage. Wie verlautet, wird unter anderem vorgeschlagen, daß die Regierung von sich aus eine Abstimmung unter den Bergarbeitern in die Wege leitet. Die Mitglieder des Vollzugsrats der Bergarbeiter haben heute vormittag eine lange Beratung abgehalten und sind dann in die Bergbaubezirke abgereist, um dort für die Fortsetzung des Kampfes zu wirken. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, hat noch einmal mit besonderem Nachdruck erklärt, daß die Bergarbeiter nur unter den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Frankfurter Allee:** Spaziergang zum Metallarbeiter-Sportplatz. **Lichtenberg:** Jugendheim Dossestr. 22. Literarischer Abend: „Peter Rosegger". **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Wir und die gegnerischen Gewerkschaften". **Tempelhof:** Jugendheim Luseum Germaniastr. 4—6. Lichtbildervortrag: „Wie Berg und Tal entstehen". **Südosten** (Kreuzberg 1): Jugendheim Reichenberger Str. 66. Vortrag: „Volk und Staat". **Mitte:** Jugendheim Neue Königstr. 21. Vortrag: „Die englische Arbeiterbewegung". **Gesundbrunnen** (Wedding 2): Gruppenheim Jugendbundzimmer, Gothenburger Straße 2. Vortrag: „Die Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit". **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Bursche und Mädel in den FGJ." **Moabit:** Gruppenheim Städt. Jugendheim Bremer-, Ecke Wiclefstraße. Vortrag: „Der Arbeitsgerichtsentwurf." — **Außenspiele** ab 7 Uhr veranstalten folgende Gruppen: Oberschöneweide spielt auf dem Sportplatz der Metallarbeiter; Neukölln im Volkspark Hasenheide; Nordring spielt auf dem Platz an der einsamen Pappel; Teltow spielt im Treptower Park, Wiese 8.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Abt. Treptow:** Jugendheim Wildenbruchstr. 54 (Kinderhort). „Die Heide." **Abt. Hermannplatz:** Jugendheim Weichselstr. [illegible], Ecke Sanderstraße. Heimbesprechung. **Abt. Charlottenburg:** Jugendheim Roßnenstr. 4. **Vortrag:** „Bebel und Liebknecht".

Achtung, Zimmerer vom Bezirk 39 und 40! Freitag abend 7 Uhr findet eine gemeinsame Bezirksversammlung bei Wind, Spandau, Pichelsdorfer Straße 5, statt. Tagesordnung: Bericht vom 24. Verbandstag. Erscheinen eines jeden Kameraden ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Deutscher Verkehrsbund, Beitragsrüßbauer: Die in Aussicht genommene Vollversammlung vom 13. Juni wurde bis auf weiteres vertagt, um jedem Gelegenheit zu geben, sich bis zum Tage des Volksentscheids den Parteien zur Verfügung zu stellen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Berlin. Gemeinsame Mitgliederversammlung der Fachgruppe Baugewerbe, Architekten und Steinmetztechniker heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr in der Alten Gewerkschaftskneipe, Jerusalemer Str. 8.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

ZÄHNE ohne Gaumen von 3 Mark an, mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 37

An die Hausfrauen von Gross-Berlin

die ergebene Mitteilung, daß Dr. Oetker's Puddingpulver zu 10 Pfennig in Vanille-, Mandel-, Erdbeer-, Ananas-, Himbeer- und Zitronengeschmack von jetzt ab auch in Papierbeutel-Packung zum Preise von 8 Pfennig das Päckchen käuflich ist. Diese neue Papierpackung enthält die gleiche vorzügliche Qualität wie die Karton-Packung zu 10 Pfennig und hat den Vorteil, billiger zu sein. Dr. Oetker's Puddingpulver zu 8 Pfennig in Papierbeuteln sind in allen Geschäften zu haben. — Verlangen Sie ebendaselbst die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Eine städtische Korruptionsaffäre.

Die Rolle des Stadtverordneten und früheren Stadtbaurats Beuster.

In riesiger Aufmachung mit den bei der „Nachtausgabe" des zum Hugenberg-Konzern gehörigen „Tag" üblichen Methode wird über eine „ungeheure Korruptionsaffäre" berichtet, bei der die Stadt angeblich „um Hunderttausende betrogen" sein soll.

Es handelt sich im wesentlichen um folgendes:

Die zu 98 Proz. städtische Berliner Nord-Süd-Bahn A.-G. hat im Verlauf der letzten Jahre eine ganze Reihe von Grundstücksankäufen vornehmen müssen. Der Direktor der Nord-Südbahn hat u. a. das Aufsichtsratsmitglied, den

volksparteilichen Stadtverordneten Dr. Beuster,

früheren Stadtbaurat des Berliner Zweckverbandes und Vorsitzenden bedeutender gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften, darum gebeten, ihm für diese Grundstücksankäufe einen Vermittlungsmann vorzuschlagen. Beuster hat einen Architekten Schmit empfohlen, der zwei Grundstücksankäufe für die Nord-Südbahn vorgenommen hat. Es handelt sich um ein größeres Gelände in Tempelhof, das später für die Bahnzwecke Verwendung finden soll, und um ein Gelände in Neukölln, auf dem Ersatzwohnungen für die am Hermannplatz abgebrochenen Häuser gebaut worden sind. In beiden Fällen ist das Bezirksamt um ein Gutachten gebeten worden. Der Tempelhofer Kauf wurde abgeschlossen, nachdem das Bezirksamt ihn als ungewöhnlich günstig bezeichnet hatte. Beim zweiten Kauf machte das Bezirksamt Neukölln darauf aufmerksam, daß das Grundstück acht Tage vorher seinen Besitzer gewechselt habe. Der Architekt Schmit hatte hier

eine offenkundige Schiebung

vorgenommen. Daraufhin ist von der Nord-Südbahn durch eine Verhandlung beim Oberpräsidenten erreicht worden, daß dieser Zwischengewinn Schmit nicht zufiel. Das ließ sich ermöglichen, weil damals Verkäufe noch an eine Genehmigung des Bezirksamts als Vertreterin der Stadt gebunden waren. Schmit ist daraufhin nicht mehr als Vermittlungsmann bemüht worden.

Sehr viel später ist durch eine Denunziation bekannt geworden, daß Schmit auch bei dem Tempelhofer Verkauf einen Zwischengewinn von nicht weniger als 150 000 M. über die ihm vereinbarungsgemäß gezahlte Provision hinaus gemacht hat. Er ist daraufhin verhaftet worden und erst nach längerer Haft gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 100 000 M. entlassen worden. Es schweben zwischen ihm und der Stadt Vergleichsverhandlungen, derart, daß ein erheblicher Teil des Zwischengewinns wieder an die Nord-Südbahn zurückfließen soll. — Die Juristen sind sich darüber im unklaren, ob das Verhalten Schmits zivilrechtlich oder kriminalrechtlich zu beurteilen ist. Von der moralischen Seite aus bedarf es keiner Erwähnung, daß ein Agent, der hinter dem Rücken der Firma, für die er gegen Provision als Treuhänder arbeitet, Extragewinne einsteckt, damit in der Tat Untreue begeht. Wie weit der Volksparteiler Beuster, auf dessen Empfehlung hin die Nord-Südbahn den Schmit erst als Agenten hinzugezogen hat, selber an den Zwischengewinnen beteiligt worden ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Es soll ein Betrag von 75 000 Schweizer Franken durch Schmit auf ein Konto Beusters bei einer Züricher Bank überwiesen worden sein. Dieser Betrag ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beschlagnahmt gewesen. Beuster behauptet, daß diese Ueberweisung in keiner Weise mit den Schmitschen Zwischengewinnen zusammenhänge. Unabhängig davon, ob diese Behauptung Beusters richtig ist oder nicht, dürfte er wohl

als Stadtverordneter erledigt

sein. In der Tat ist er auf Veranlassung seiner Fraktion seit über zwei Monaten den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung ferngeblieben. Der Fraktionsführer der Volkspartei, Stadtverordneter Schwarz, war vom ersten Tage an vom Magistrat über die Vorgänge unterrichtet und hat an der Untersuchung teilgenommen, die nach der Angabe Beusters bisher ergebnislos verlaufen ist.

Eine Schädigung der Stadt um Hunderttausende ist also nicht eingetreten. Es handelt sich möglicherweise nur noch darum, daß ein Grundstück um etwa 50 000 M. zu teuer oder wenigstens teurer als es bei ehrlichem Verhalten Schmits möglich gewesen wäre, gekauft worden ist. Peinlicher ist es schon, daß ein Stadtverordneter, der eine erhebliche Rolle im Rathaus gespielt hat, in eine Situation geraten ist, aus der auch bei aller vorsichtigster Beurteilung des Falles er sich höchstens durch den sofortigen Verzicht auf seine Ehrenämter herausziehen könnte. Es ist für uns ein sehr magerer Trost, daß es sich dabei um einen politischen Gegner handelt und daß auch die Siedlungsgesellschaften, deren Aufsichtsratsvorsitzender Beuster ist, rechtsstehende Kreise vertreten. In der „Nachtausgabe" des „Tag" wird mit dem üblichen Verleumdergeschick dieser Skandalblätter zwischen den Zeilen beim Leser der Eindruck erweckt, als ob es sich um „sozialistische" Gesellschaften handele. Das Gegenteil ist der Fall. Es bleibt aber ein sehr peinlicher Rest und das Mißtrauen der Sozialdemokratie im Rathaus gegen verschiedene Interessentenvertreter innerhalb der bürgerlichen Fraktion ist in den letzten Wochen durch das Bekanntwerden dieser bisher vertraulich behandelten Dinge sehr verstärkt worden.

Volksentscheid ist Gericht

Für das Volk — Gegen die Fürsten:

Oeffentliche Kundgebungen:

Heute, Donnerstag, den 10. Juni:

Kreuzberg: Abends 6½ Uhr, Fontane-Promenade. Abmarsch zum Propagandaumzug mit Musik.

Charlottenburg. 7½ Uhr im Saal des Schiller-Theaters, Bismarckstraße. Rednerin: Klara Bohm-Schuch, MdR.

Schöneberg-Friedenau: Demonstration mit Musik. — Treffpunkt abends 7 Uhr Hauptstraße, Ecke Innsbrucker Straße. Anschließend Helmholtz-Gymnasium, Rubensstraße. Redner: Landgerichtsrat Ernst Ruben.

Morgen, Freitag, den 11. Juni:

Mitte (3. Abt.): 7½ Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25. Redner Siegfried Aufhäuser, MdR.

Friedrichshain (32. Abt.): 7½ Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36 a. Redner: Bernhard Göring.

Spandau: 8 Uhr Demonstration auf dem Rathausvorplatz. Redner: Stadtverordneter Adolph Hoffmann.

Halensee: 7½ Uhr in den Florasälen, Johann-Georg-Straße. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, MdR.

Wannsee: 8 Uhr im Reichsadler, Königstr. 27. Redner: Robert Breuer.

Tempelhof: 7½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Redner: Bezirksverordneter Karl Litke.

Lichtenberg: Versammlung unter freiem Himmel auf dem Boxhagener Platz. Redner: Artur Crispien, MdR.

Stimmt am 20. Juni mit „Ja". In der Wanderschriftreklame am Potsdamer und Nollendorfplatz läuft seit einigen Tagen die Aufforderung der Sozialdemokratie, am 20. Juni mit „Ja" zu stimmen. Die Sozialdemokratie mahnt: Geht am 20. Juni zur Abstimmung! „Stimmt mit Ja!"

Denkt an die Prüfung der Listen!

Hinaus mit den „Mitzählern"!

Soll das Volksbegehren die Annahme des Gesetzes zur Fürstenenteignung ergeben, so muß jeder, der dieses Gesetz will, seine Pflicht tun. Dazu gehört fürs erste, wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, die gewissenhafte Prüfung der Listen der Stimmberechtigten, nach der nötigenfalls für Stimmberechtigte, die darin fehlen, die nachträgliche Aufnahme verlangt und für Nichtstimmberechtigte, die darin stehen, die Streichung beantragt werden muß. Zu unseren wiederholten Hinweisen auf die Notwendigkeit, diese Prüfung der Listen rechtzeitig vorzunehmen, erhalten wir folgende sehr beachtenswerte Zuschrift:

„Die Prüfung der Wählerlisten war schon immer für jeden am politischen Leben teilnehmenden Staatsbürger die erste Pflicht vor jeder Wahl. Recht unangenehme Ueberraschungen gab es für manchen, der diese Pflicht zu erfüllen versäumt hatte. Ich erinnere mich eines Falles, den ich vor einigen Jahren als Wahlvorsteher erlebte. An den Wahltisch traten nacheinander fünf zu derselben Haushaltung gehörende Personen: ein Hauswirt und Gewerbetreibender, seine Gattin, zwei wahlmündige Kinder von ihnen und die Hausangestellte. Vier davon — fehlten in der Liste: zufällig war die Hausangestellte diejenige, die nur in die Liste aufgenommen worden war. Die Bemerkungen, die aus dem Munde des enttäuschten Hauswirtes und der Seinigen fielen, kann man sich denken. Vorwürfe konnten sie aber gerechterweise nur sich selber machen; denn auch Wählerlisten sind Menschenwerk, und Fehler sind unvermeidbar. Jeder hat die Pflicht, diese Fehler feststellen zu helfen und für Berichtigung zu sorgen.

Bei dem Volksentscheid aber ist es noch wichtiger als sonst, Fehler in den Listen zu berichtigen. Bei Wahlen kam es hauptsächlich darauf an, Lücken der Listen zu entdecken und fehlende Wahlberechtigte nachtragen zu lassen. Diesmal aber ist es mindestens ebenso von Bedeutung, die Namen der Personen festzustellen, die nicht mehr in dem betreffenden Bezirk stimmberechtigt sind, und für die Löschung dieser Namen zu sorgen. Wer in der Lage ist, diese Pflicht zu erfüllen und sie nicht erfüllt, ladet eine große Verantwortung auf sich! Ich will an einem Beispiel zeigen, wie wichtig diese Aufgabe ist. Ich bin Verwalter eines Grundstücks. Heute ging ich die Liste einsehen, ließ es aber nicht dabei bewenden, nachzusehen, ob ich selber und meine Familienangehörigen eingetragen waren, sondern sah mir die Eintragungen für das ganze Grundstück genau durch. Und was stellte ich fest? Die Liste enthielt die Namen von 191 Personen. Es fehlte in der Liste nur eine Familie, die erst in letzter Woche nach einem Wohnungstausch neu zugezogen war. Der frühere Inhaber dieser Wohnung war bereits gestrichen. Also: In Ordnung! Es fehlte eigentlich niemand. Nein, aber es stehen vierzehn Personen zuviel in der Liste, d. h. 7½ Prozent der Eingetragenen! Diese vierzehn Ueberzähligen, nicht im Hause Vorhandenen, sind: zwei Verstorbene (die eine bereits vor fast vier Jahren, der zweite vor sechs Wochen verstorben), dazu fünf ehemalige Aftermieter, die zum Teil auch schon seit drei Jahren nicht mehr im Hause wohnen, ferner vier Hausangestellte, schon lange in anderer Stellung, endlich aber je eine Tochter aus drei Familien, die vor zwei bis vier Jahren verzogen, weil sie die Wohnung tauschten.

Ich reiche morgen beim Wahlamt den Antrag auf Streichung dieser vierzehn Personen ein. Hier wird der Fehler korrigiert. Wo noch? Hier sind 7½ Prozent Namen zuviel, in einem Grundstück, in dem nur wenige Aftermieter, gar keine „Schlafburschen" vorhanden sind. Wie nun erst in den Mietskasernen mit wechselnder Bewohnerschaft? Rechnen wir in Groß-Berlin 2½ Millionen Namen in den Wählerlisten und nur 5 Prozent „Ueberzählige", dann erhalten wir 125 000 Personen. Zur Annahme des Gesetzes ist nötig, daß mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten mit Ja stimmt. Stehen in den Listen 125 000 unberechtigte „Mitzähler", so erhöht sich die für die Annahme erforderliche Hälfte unberechtigterweise um 62 500. Und das nur für Berlin! Sicher rechne ich noch viel zu gering. Aber es kommt nicht hierauf an, sondern darauf, daß jeder Parteigenosse, der als Verwalter oder Portier dazu besonders in der Lage ist, sich der kleinen Mühe unterzieht, **in den Listen auf solche Mitzähler zu fahnden und sie streichen zu lassen.**"

Der Wobbly.

2] **Von B. Traven.**

Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.

Diese Geschichte mit der Kasse war eine schwere Arbeit. Señora Doux traute keinem Kellner. Sie saß an der Kasse oder wanderte im Lokal umher und beobachtete die Gäste, was sie verzehrten. Wenn der Gast ging und bezahlt hatte, so mußte der Kellner das Geld sofort zur Kasse bringen und abliefern. Denn hätte man ihm das Geld, das er während seiner Arbeitszeit eingenommen hatte, und das manchmal einige hundert Pesos betrug, in der Tasche gelassen, damit er erst dann mit der Kasse abrechne, wenn er abgelöst wurde, so hätte er ja eine Viertelstunde vorher mit der ganzen Einnahme und unter Zurücklassung seines Hutes und seiner Jacke verschwinden können auf Nimmerwiedersehen. Es muß freilich zugestanden werden, daß solche Dinge vorkamen, sogar wenn der Kellner manchmal nur sechzig oder siebzig Pesos in der Tasche hatte. Aber in dem Café La Aurora des Señor Doux war das nicht durchführbar.

Wenn wenig Bestellungen für die Bäckerei einkamen, hatten die Bäcker und Konditoren nichts zu lachen. Dann fegte Señora Doux mit ihnen herum, daß meist einer oder der andere seinen Lohn verlangte und ging. Denn an solchen Tagen betrachtete sie die Ausgabe für die Bäckerei als verschwendetes Geld. Kamen am nächsten Tage die Bestellungen doppelt oder dreifach ein, so mußten die Leute drei, vier oder fünf Stunden mehr arbeiten, weil inzwischen natürlich kein neuer Bäcker oder Hilfsarbeiter eingestellt worden war.

Die Musiker im Café hatten es nicht besser, sondern noch viel schlechter. Die Bäcker schafften ja noch etwas wenigstens, aber die Musik war die unsinnigste Verschwendung, die Señor und Señora Doux sich denken konnten. Die Musik produzierte nicht, sie fraß nur und wollte immer Geld haben. Da aber andere Cafés Musik hatten, mußte Doux schon mitmachen, um auf der Höhe zu bleiben. Er hatte jeden Tag Krach mit der Musik. Waren wenig Gäste da, dann erklärte er den Musikern, daß sie Schuld seien, weil sie saumäßig spielten. Dann packten die Musiker ihre Instrumente ein, ließen sich ihr Geld geben und gingen. Señora Doux war darüber recht zufrieden, denn nun hatte sie einen Grund, das Geld für die Musik zu sparen und den Gästen zu erklären, daß die Musiker fortgelaufen seien.

Waren dann wieder Gäste nach ein paar Tagen unzufrieden und verlangten sie Musik, dann mußte Señor Doux den Musikern nachlaufen. Oft geschah es, daß er nur einen Bandonium- oder Gitarrespieler bekam. Die Gäste verzogen sich, und endlich brachte Doux wieder eine gute Kapelle ins Haus, bis nach einer Weile der Krach wieder da war und sich die ganze Geschichte wiederholte.

Eines Tages kam eine ganz vorzügliche Kapelle von acht Mann aus Mexiko-City und bot sich in den Cafés an. Sie kamen zuerst zu Señor Doux.

„Fünfzig Pesos den Tag für acht Mann? Zahle ich nicht. Auch noch das Essen? Ich bin doch nicht verrückt. Und nur wochenweise und mit dreitägiger Kündigung? Da können Sie in der ganzen Stadt herumlaufen, gibt Ihnen niemand. Fünfundzwanzig will ich zahlen und tägliche Kündigung. Ich kriege genug Leute."

Die Kapelle ging in ein anderes Café, bekam, was sie verlangte, und das Café war jeden Abend gut besetzt, obgleich die Leute sich hier wenig in Cafés oder Restaurants setzen; nur gerade so lange, bis sie ihr Eis geschluckt oder ihre Coca-Cola gesaugt haben. Dann gehen sie wieder, weil sie lieber auf den Plätzen spazieren gehen oder auf den Bänken sitzen.

Aber die Kapelle hielt die Leute auch für zwei Eisgetränke oder eine Extraflasche Bier, und das um so lieber, als der Wirt anständig genug war, keinen Preisaufschlag auf die Getränke zu nehmen.

Dieses Café war nur fünf Häuser weit von der La Aurora, noch im selben Block, und La Aurora war so leer, daß es wie ein beleuchteter Leichnam aussah. Señora Doux wollte das Licht auf die Hälfte abdrehen, weil es überflüssig brenne; aber Señor Doux widersetzte sich diesem Gedanken. Jede Stunde einmal ging er, ohne Hut und ohne sich Jacke oder Weste anzuziehen, zum Kino, um sich die ausgestellten Plakate anzusehen. Er kannte sie auswendig. Aber in Wahrheit ging er nur, um die Gäste in der La Moderna zu zählen; denn da mußte er vorüber, wenn er zum Kino wollte. Er ging vorbei, ohne den Kopf zu wenden. So sah es aus. In Wirklichkeit aber sah er doch jeden Gast in der La Moderna, und zu seiner Trauer sah er viele, die sonst bei ihm saßen.

Ein paar Tage sah er sich das mit an. Dann stellte er sich vor die Tür seines Cafés und paßte auf, wann der erste Geiger der La-Moderna-Kapelle vorüberkam.

„Einen Augenblick, Señor!"

„Bitte?"

„Wollen Sie nicht zu mir kommen? Ich zahle Ihnen fünfzig."

„Bedaure, wir bekommen fünfundsechzig."

„Das bezahle ich nicht."

„Muy bien, Señor. Adios."

Als wieder eine Woche vorbei war, fragte er den Geiger abermals.

„Gut, für fünfzig, Señor."

„Abgemacht. Dann von Freitag an."

Señor Doux stürmte rein zu seiner Frau: Ich habe die Kapelle. Für fünfzig. Fein."

Die Kapelle konnte es dafür machen, denn sie war in der La Moderna gekündigt und hatte kein anderes Engagement in der Stadt.

Aber die Sahne war herunter. Die Leute hätten gern wieder einmal eine andere Kapelle gesehen. Es kamen zwar genügend Gäste nun in die La Aurora, aber doch bei weitem nicht so viel, wie in der La Moderna jeden Abend gesessen hatten. Señor Doux sagte der Kapelle, daß sie saumäßig spiele. Die Musiker ließen es sich nicht gefallen, es kam zum Krach, und sie verließen das Café. Señor Doux brauchte ihnen nicht zu kündigen und sparte das Geld.

II.

Gegen halb zwölf mittags hatte Señor Doux seine Bücher ausgefüllt, und dann setzte er sich zum Mittagessen hin. Um zehn hatte er ein kaltes Huhn verzehrt, weil es ihm bis zum Mittagessen zu lange dauerte. Jetzt aß er zum ersten Male am Tage richtig. Dann ging er schlafen, weil, abgesehen von den Mittagsgästen, jetzt stille Zeit kam. Um fünf stand er wieder auf, wusch und rasierte sich und eilte ins Café, vom Hunger getrieben.

Von jetzt an blieb er im Café bis Schluß. Die Polizei kümmert sich hier nicht um die Sitten, um die Sittlichkeit und um die Gesittung der Menschen. Das überläßt sie den Leuten selbst. Wer Zeit und Geld hat, sich die ganze Nacht im Café herumzudrücken, mag es tun. Es ist sein Geld, seine Zeit und seine Gesundheit. Wenn der Wirt keine Gäste mehr hat, macht er schon von selbst zu und braucht dazu keine guten Ratschläge und Strafmandate der Polizei, denn er ist ja ein erwachsener Mensch und kein Säugling, der noch in die Windeln macht und die Milchflasche nicht allein halten kann. Und weil keine Polizeistunde ist, niemand einen Spaß darin sieht, die Polizei zu ärgern und an verbotenen Früchten zu naschen, so hat das Café um zwölf selten noch genügend Gäste, daß es sich lohnt, Licht zu verbrennen. Denn die Leute, die aus Gründen ihres Berufes nachts auf sein müssen, gehen nun nicht ins Café, sondern in die Bars, wo zu jeder Stunde des Tages oder der Nacht vollständige Mahlzeiten oder Spezialplatten verabreicht werden zu billigeren Preisen als im Café.

(Fortsetzung folgt.)

Das verschwundene Wertpaket.

Nach acht Jahren.

Ein seltsames Schicksal hat ein Wertpaket gehabt, das vor acht Jahren auf die Post gegeben und erst jetzt in Berlin W. in einer Schublade wiedergefunden wurde. Ein Lothringer, der im Westen der Stadt bei einer Kochfrau wohnte, sandte im Jahre 1918 ein Paket mit Wertpapieren und Coupons nach seiner Heimat. Erst nach längerer Zeit kam es mit dem Vermerk „Bestellung unmöglich, weil Ort in der Feuerlinie liegt", zurück.

Unterdessen war der Absender nach Beendigung des Krieges selbst in seine Heimat abgereist. Seine Wirtin, die glaubte, daß er zu ihr zurückkehren werde, nahm das Paket an und legte es sorgsam in eine Schublade ihrer Kommode. Es war mit 1200 M. deklariert, enthielt aber für 25 000 M. Coupons deutscher und ausländischer Wertpapiere. Die Wirtin sagte niemandem etwas von dem Schatz, den sie in Verwahrung hatte. Der Absender aber reklamierte bei der Post und verlangte Schadenersatz. Die Wirren der Zeit brachten es mit sich, daß das Paket nicht mehr zu finden war. Es galt als verloren. Viele Schreiben liefen hin und her, bis vor nicht allzu langer Zeit der „Fall" entschieden und als erledigt betrachtet wurde. Der Absender erhielt eine Entschädigung, die seiner Wertangabe entsprach. Anfangs Mai d. J. starb nun seine Wirtin, deren Mann schon im Jahre 1914 im Felde gefallen war. Ihr jetzt 17 Jahre alter Sohn trat die Erbschaft an. Er erinnerte sich des Lothringers, der einmal bei seiner Mutter gewohnt hatte, gar nicht mehr. Als er nun nach der Beerdigung der Mutter einmal alle Behältnisse durchsuchte, fand er in der Schublade auch das Wertpaket. Er glaubte, beinahe das große Los gewonnen zu haben, denn er nahm an, daß sein Vater, der ein sehr fleißiger Mann gewesen war, diese Werte hinterlassen habe. Als der junge Mann jetzt wieder Miete zu entrichten hatte, bot er dem Wirt Coupons an, weil er glaubte, damit zahlen zu können. Der Wirt aber, dem er das Paket zeigte und der nun auch die ausländischen Werte sah, schrieb an die Baseler Bank, die er auf den Werten verzeichnet fand, um zu erfahren, was es damit für eine Bewandtnis habe. Er erhielt den Bescheid, daß die Papiere seit 1918 gesperrt seien. Jetzt wandte er sich an die Kriminalpolizei, und nun stellte die Kriminalpostdienststelle fest, daß man es mit dem seit acht Jahren verschwundenen Wertpakete des Lothringers zu tun hatte. Alle Papiere, die es enthielt, sind unterdessen ziemlich wertlos geworden. Die Frage ist nun, ob die Post dem Absender das Paket wieder zustellen und dafür die ausgezahlte Entschädigung zurückverlangen kann. Diese Doktorfrage ist noch nicht beantwortet.

Vor dem Urteil im Lützow-Prozeß.

Die gestrige Verhandlung war nur von kurzer Dauer. Rechtsanwalt Dr. Frey beschloß sein Plädoyer mit einer juristischen Analyse der inkriminierten Tatbestände. Unter anderem zitierte er einen Erlaß des Kultusministers vom Jahre 1900, der vom Züchtigungsrechte der Lehrer in gesetzlich zulässigen Grenzen spricht. Wie aber, fragte der Verteidiger, wenn der Züchtigende sich hinsichtlich dieser Grenzen in einem Rechtsirrtum befunden habe? Dann müsse er straflos ausgehen. Und als unzüchtig können im Sinne des Gesetzes nur Handlungen bezeichnet werden, die zur Erweckung der eigenen oder fremden Geschlechtlichkeit dienen. Kein Kind habe aber Lützows Handlungen als geschlechtlich empfunden. Und die Eltern hätten erst vor kurzem in einer Versammlung wieder einstimmig ihr Vertrauen Herrn Lützow ausgesprochen. Der Staatsanwalt erwiderte kurz auf die Reden der Verteidiger. Er berief sich auf den zweifachen Eid des Zeugen Weiß und auf das Gutachten des Dr. Süßmer, das von bewußt geschlechtlichen Handlungen sprach. Dr. Frey betonte nochmals, daß gerade dieser doppelte Eid des Zeugen Weiß die Hauptgefahr in seiner Aussage bilde. Am Donnerstag ½10 Uhr erhält der Angeklagte v. Lützow das Schlußwort. Im Laufe des Tages soll dann auch die Verkündung des Urteils erfolgen. Endlich!

Ladeninhaber und Straßenhändler.

Das Klagelied über die „hohen" Verdienste der Straßenhändler, das viele Ladeninhaber und ihre Verbände in allen Tonarten singen, soll endlich einmal zahlenmäßig widerlegt werden. Es ist nachweislich feststellbar, daß durchschnittlich unter 20 Straßenhändlern, die mit Gebrauchsgegenständen und Süßigkeiten handeln, kein einziger eine größere Nettotageskasse, d. h. einen täglichen Reinverdienst von mehr als 3 bis 5 M. verzeichnen kann. Polizeistände bezahlen 6 bis 10 Mark pro Monat Platzmiete, während Privatstände 60 bis 120, ja sogar 150 Mark monatliches Standgeld bezahlen! In vornehmeren Vierteln, wie im Westen und teilweise Südwesten, sind verschiedene Händler und Hausierer mit Luxusgegenständen, die Gelegenheitsposten mit etwas mehr als den angegebenen Profit abstoßen. Und wie nicht wenige Ladeninhaber in günstiger Verkehrslage über den Geschäftsgang durchaus nicht klagen können, verdienen vereinzelt „Verkaufskanonen" und Spezialisten mit Reklameschlagern im Straßenhandel eine kurze Zeit auch mal über die Durchschnittseinnahmen. Nach wie vor bleibt aber bei unserer Wirtschaftslage im allgemeinen der Geschäftsgang schlecht und es mutet sonderbar an, wenn manche Ladeninhaber aus kleinlichen Interessen Märchen erzählen über die Phantasieeinnahmen des Straßenhändlers. Warum tauschen solche „Benachteiligten" nicht mit den „glücklichen" wilden Händlern?

Die ausgepfiffene Hetzpolitik.

Als am Montagabend Hugenbergs „Lokal-Anzeiger" in charakteristischer Eile Hindenburgs Loebell-Brief in den Kinos auf Abonnement veröffentlichte, erhob sich im „Capitol" sowie in einem großen Schöneberger Kino helle Empörung. In zahlreichen erregten Zurufen gab das Publikum seiner Meinung drastischen Ausdruck: „Weg mit dem Lakaiengesindel" waren die Worte, die die Stimmung der Menge treffend wiedergaben. Man muß sich aber fragen: Gehört eine solch unverblümte monarchistische Propaganda in die Reklame eines Kinos?

Wissen ist Macht.

In der Belle-Alliance-Straße staut sich eine schaulustige, wissensdurstige Menge um einen Mann, der mit salbungsvoller Stimme sich als einen wissenschaftlichen, sogar „streng wissenschaftlichen" Astrologen ausgibt. Weithin leuchtet sein Schild: Wissen ist Macht. Andachtsvoll und gläubig lauschen Männlein und Weiblein seinen Prophezeiungen vom verschärften Kontrollzustand im Rhein-Ruhr-Gebiet, der im September dieses Jahres wieder einsetzen „soll", dem neuen Weltkrieg 1928 durch die „gelbe Gefahr" Amerika—Japan und dergleichen beunruhigenden Schaudermärchen mehr! Es soll eine Anzahl Leute geben, die diese Spielereien ernst nehmen, und wenn wirklich zufällig das von einem solchen „weisen" Mann „angekündigte" Ereignis eintrifft, so werden sie in ihrem Aberglauben bestärkt werden und wieder andere beeinflussen, die im Grunde ebensowenig denken können wie sie selber. Keine Polizeimacht kann solchen Unfug abstellen, wenn nicht das Publikum selbst sich zu wahrer Erkenntnis durchringt und ernsthaftes Streben von wissenschaftlichem Firlefanz unterscheiden lernt. Nur dann wird Wissen wirklich Macht sein.

Fortschritt im Strafvollstreckungsverfahren.

Nach den bisherigen polizeilichen Bestimmungen über die Zahlung von Strafverfügungen konnte die verhängte Geldstrafe in den Fällen, in denen weder Bezahlung erfolgte noch die vorgenommene Pfändung erfolgreich gewesen war und der Betreffende daher zur Verbüßung der Haftstrafe zwangsgestellt wurde, die Zahlung im letzten Augenblick in Begleitung des Beamten noch bei der Post erfolgen. Nunmehr hat der Polizeipräsident bestimmt, daß in den Fällen, in denen die Geldeinzahlung bei der Post nicht möglich ist, also z. B. an Sonn- und Festtagen, der Reviervorsteher, sein Stellvertreter bzw. der Wachthabende in Gegenwart noch eines Beamten von dem Strafbetroffenen die Geldstrafe mit den baren Auslagen des Verfahrens (Schreib-, Porto- und Pfändungsgebühren) gegen Quittung in Empfang nehmen kann.

Die verletzte Eigenliebe.

Ein seltsames Liebesverhältnis.

Hinter das letzte Geheimnis von Verkettung menschlicher Schicksale wird man nie gelangen. Warum die einen ebenso leicht zusammenkommen wie auseinandergehen und die andern sich finden, um nur durch den Tod getrennt zu werden, — wird man nie enträtseln. Hier waltet eine Macht, die stärker ist als die Vernunft; sie raubt den Menschen den Verstand. So war es um den 24jährigen Robert M. und die 17jährige Arbeiterin L. geschehen, als sie im Sommer 1923 einander kennenlernten.

Robert M. stammt aus einer umherziehenden polnischen Landarbeiterfamilie. Als 13½jähriger Junge kam er als Lehrling in eine Kammfabrik. Als Siebzehnjähriger hing er seinen Beruf an den Nagel, weil er in sich den Trieb zum Kinoschauspieler verspürte. Damals warf ihn seine psychopathische Ueberspanntheit zum ersten Male aus dem gewohnten Gleise. Den Neunzehnjährigen nahm der Schwager zu Diebstählen mit. Dann folgten noch andere Verfehlungen. Regelmäßige Arbeit hatte er seitdem nie mehr. Die größte Gefahr bildete aber für ihn neben seiner Ueberspanntheit sein leidenschaftliches, jähzorniges Temperament. Beide sollten ihm zum Verhängnis werden, als er Gertrud L. kennenlernte. Er glaubte nun zum ersten Male wirklich zu lieben, hoffte an dem Mädchen sittlich zu genesen, wollte wieder ernstlich arbeiten und seine Geliebte heiraten. Eins vertrug er aber nicht: wenn sie ihn höhnisch ansah, sobald er die Fassung verlor, und das geschah nur zu oft. Um sich ihr gegenüber in seinem Minderwertigkeitsgefühl durchzusetzen, ohrfeigte er sie dann. Nach den geringfügigen Streitigkeiten folgte Versöhnung. Es gab auch ernste Differenzen. Als sie ihr Kind abtrieb, sagte er zu ihr: „Ich werde dich erdrosseln, wie du das Kind erdrosselt hast." Als die Wirtin der Gertrud eines Tages, da er sich mit ihr verabredet hatte, das Mädchen in eine verrufene Kneipe und in Gesellschaft von jungen Leuten brachte, gab es heftige Auftritte. Die Wirtin verbot ihm ihr Haus. Dann wieder kam es zu Tätlichkeiten zwischen ihm und dem Vater des Mädchens. War dieser früher für die Heirat, so hetzte er jetzt die Tochter, für die er längst nicht mehr sorgte und die selbständig lebte, gegen den Bräutigam. Nun war sie bald lieb zu ihm, bald stieß sie ihn ab. Er wußte nicht mehr, woran er war. Aber ganz außer sich geriet er, als er sie eines Tages mit einem anderen traf. Er verprügelte den Mann und drohte, bald ihn, bald die Gertrud, bald sich selbst umzubringen. Er schliff ein Messer scharf und trug es von nun an bei sich. Dann schien zwischen den beiden wieder Frieden zu herrschen. Er traute ihr aber nicht mehr, trug sich mit Selbstmordgedanken und schrieb sogar Abschiedsbriefe. Am 22. Dezember trafen sie sich, und nach sehr intimem Verkehr sagte sie ihm, daß sie ihn doch fallen lassen müßte. In einer Gastwirtschaft trank er drei Liter Bier und zwei Kognaks. Unterwegs als er sie nach Hause begleitete, entstanden wieder Auseinandersetzungen über sexuelle Dinge. Sie verletzte seine männliche Eigenliebe, er drohte, holte aus zum Schlag. Sie nahm aus seiner Tasche das Messer, drückte es ihm in die Hand, schrie ihm höhnisch zu: „Stoß zu," hielt ihm ihre Brust entgegen. Er stieß zu, stach ihr in die Kehle. Sie fiel zu Boden. Dann legte er sich zu ihr, und weinte. Nun packte ihn aber das Grauen. Plötzlich war er nüchtern, ganz nüchtern. Er lief zu seinen Eltern, verabschiedete sich von ihnen und stellte sich dem Staatsanwalt.

Nun hatte er sich vor dem Landgericht II zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 12 Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf 7 Jahre. Mildernde Umstände wurden ihm versagt. Das Gericht erklärte, 7 Jahre Zuchthaus wären „eine genügende Sühne". Warum nicht sechs oder fünf? Warum nicht acht oder neun? Das bleibt das Geheimnis des Gerichts.

Der Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Gau Berlin, Ortsgruppe Norden 14, beging am Sonntag nachmittag im Lehrervereinshaus, Alexanderstraße, sein fünftes Stiftungsfest. Dabei wurde das neue Banner geweiht. Die Weiherede hielt Oberst a. D. Lange. Die ganze Feier war ein Treuegelöbnis zu den republikanischen Farben Schwarz-Rot-Gold und ein Bekenntnis zur Menschlichkeit, die den Wahlspruch „Nie wieder Krieg!" auf ihre Fahne geschrieben hat. Der große Saal des Lehrervereinshauses war über und über mit Schwarz-Rot-Gold dekoriert. Gesangsvorträge des Männerchors „Einigkeit Berlin-Mitte", Festreden der Vorsitzenden Genossen Lütjemüller und Martin Stein sowie ein gutes Orchester bildeten den stimmungsvollen Rahmen der Veranstaltung. Nach dem offiziellen Teil hielt noch lange ein Tanz die Festteilnehmer zusammen.

Der Deutsche Arbeiter-Theaterbund, Abteilung Prenzlauer Berg, veranstaltete vor kurzem in der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee, seine erste öffentliche Bezirkskonferenz. Seit 1906 besteht der Bund, aber erst nach der Revolution begann die Politisierung der Bewegung von Berlin aus. Aus einer Vereinigung, die zu ihrem Privatvergnügen harmlose Stücke spielte, wurde ein Instrument, das dem proletarischen Klassenkampf dienen soll, wenigstens in Berlin, denn im Reich hat diese Tendenz noch nicht überall Eingang gefunden. Erich Mühsam und Dr. Hermann Duncker legten in ihren Referaten die neuen Richtlinien, die der Bund eingeschlagen hat, frei. Sie führten aus: Die Theaterkunst ist für den Proletarier ein Mittel zur politischen Agitation. Die Probleme der bürgerlichen Dramen sind dem Arbeiter heute gleichgültig. Die moderne Dramatik steht völlig unter dem Einfluß bürgerlichen Weltanschauung, und das proletarische Drama fehlt in Deutschland noch; es muß auf Kampf gestellt sein. Ansätze zeigen sich in Hauptmanns „Weber". (Uebrigens vergaß Mühsam Georg Kaisers „Gas" zu erwähnen.) Der proletarische Klassenkampf bedeutet das Ideal des proletarischen Theaters. Aber diesen Waffenkampf können die Berufsschauspieler, die meistens in der bürgerlichen Welt verankert sind, nicht gestalten, sie können gegen eine Welt, zu der sie gehörten und deren Weiterbestehen sie wünschen, nicht überzeugend Stellung nehmen. Deshalb soll das Proletariat selbst spielen, wie es auch das große, revolutionäre Agitationsstück selbst schaffen muß.

Ehe- und Sexualberatungsstelle des Bundes für Mutterschutz. Vom Bund für Mutterschutz wird Freitag, den 11. d. M., nachmittags ½4 Uhr, in den Räumen des Bezirksamts Friedrichshain, Gesundheitsamt, An der Schillingbrücke 2, eine Ehe- und Sexualberatungsstelle vor geladenem Publikum eröffnet. Ehrenamtlich tätige Aerzte und Sozialberater erteilen verheirateten wie unverheirateten Personen beider Geschlecher kostenlose Auskunft in allen Fragen des Ehe- und Sexuallebens wie in den Fragen der Fortpflanzung. Sprechstunden wöchentlich Donnerstags 7 bis 9 Uhr abends im Gesundheitsamt (Stadtbad), An der Schillingbrücke 2. Die erste Sprechstunde findet am 17. Juni d. J. statt.

Berliner Studentenwahlen. Die Liste der sozialistischen Studenten, die zu wählen Pflicht jedes freiheitlichen Studierenden ist, trägt den Namen „Hochschule der Werktätigen."

Wanderung durch das Buntsandsteingebiet Kalkberge. Am Sonnabend, den 12. Juni, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V., Berlin-Friedrichshagen, eine Wanderung durch das Buntsandsteingebiet Kalkberge unter sachverständiger Führung. Sammelpunkt Restaurant „Goldene Traube" in Kalkberge. Abmarsch 4½ Uhr. Fahrgelegenheit vom Bahnhof Friedrichshagen mit der Schöneicher-Kalkberger Straßenbahn: 3.13, 3.43, 4.13 Uhr. Im Anschluß an die Wanderung findet im Restaurant „Goldene Traube" in Kalkberge zwanglose Aussprache statt, wozu auch verspätete Nachzügler willkommen sind.

Eine öffentliche Aufforderung zur Erneuerung von Kraftfahrzeugsteuerkarten veröffentlicht das Finanzamt Börse im Anzeigenteil der heutigen Nummer.

Hochwasser im Odergebiet

Vernichtung der Heuernte.

Im Oderbruchgebiet ist kurz vor dem Beginn der Heuernte infolge der starken Niederschläge ein außerordentlich hoher Wasserstand der Oder eingetreten. Die schlesischen Nebenflüsse des Stromes, besonders die Neisse, führen derartige Wassermengen mit sich, daß in kurzer Zeit der Wasserstand des mittleren Laufes der Oder eine Steigerung von über 1½ Meter zu verzeichnen hat. Man rechnet mit zwei Flutwellen. Die erste hat Frankfurt bereits erreicht, sie verursachte, daß der Pegelstand im Laufe des Tages um 75 Zentimeter gestiegen ist. Aus dem Bereich des Oberlaufes der Oder liegen Meldungen vor, die ein erneutes Anwachsen des Stromes gegen Ende der Woche erwarten lassen. Durch die Stauungen in den rechten Nebenflüssen der Oder, wie z. B. in der Warthe, sind in Küstrin, Landsberg und verschiedenen anderen Orten beträchtliche Verheerungen angerichtet worden. Vor allem scheint die diesjährige Graserente im Warthe- wie im Oderbruch vernichtet zu sein.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

11. **Kreis Schöneberg-Friedenau.** Donnerstag, den 10. Juni, treffen sich die Abteilungsleiter nach Schluß der Versammlung bei Gürlich, Rubensecke Begasstraße.
14. **Kreis Neukölln.** Tourenführer für die Landagitation Material abholen am Donnerstag, den 10. Juni, und Freitag, den 11. Juni, vom Parteibureau. — **Achtung, Abteilungsleiter!** Material abholen im Parteibureau.
20. **Kreis Reinickendorf.** Die Genossinnen und Genossen, welche Mitglieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung sind, sind verpflichtet, die heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, stattfindende Mitgliederversammlung im Lokal Remlow, Reinickendorf-Ost, Schönholz 14, zu besuchen. Tagesordnung: Neuwahl der Bezirksleitung.

Heute, Donnerstag, den 10. Juni:

85. **Abt.** Nachmittags ab 5 Uhr Verteilung der Einladungszettel für die öffentliche Kundgebung am Freitag. Rege Beteiligung nötig.
85. **Abt. Tempelhof, 86. Abt. Mariendorf, 87. Abt. Marienfelde, 88. Abt. Lichtenrade.** Der russische Großfilm „Panzerkreuzer Potemkin", der auf Veranlassung des Kreisbildungsausschusses in den Tivoli-Lichtspielen in Tempelhof mit der Originalmusik von Meisel läuft, wird heute am letzten Tage in drei Vorstellungen gegeben. Um 6 Uhr, 7½ Uhr und 9 Uhr abends. Genossen, sorgt für guten Besuch! Es empfiehlt sich, bereits die erste Vorstellung zu besuchen.

Morgen, Freitag, den 11. Juni:

44. **Abt.** Achtung, Bezirksführer! Flugblätter abholen vom Genossen Eiffert, Heinrichsplatz, von 5 bis 6 Uhr.
45. **Abt.** 7½ Uhr bei Wienglers, Reichenberger Str. 104, Instandsetzung der Plakate und Transparente. Rege Beteiligung notwendig. Wichtige Mitteilungen.
47. **Abt.** Nachmittags 5 Uhr und Sonnabend, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, Flugblattverbreitung im Zentrallokal Giebenhorf, Muskauer Str. 35.
85. **Abt. Tempelhof.** Die Wählerlisten können schon ab 8 Uhr morgens abgeschrieben werden. Wir bitten besonders die Parteigenossinnen, sich zum Schreiben einzufinden. Die Einladungen für die öffentliche Versammlung sind unbedingt auszutragen. Treffen zum Umzug abends 6 Uhr in der „Linde", Berlin-, Ecke Friedrich-Karl-Straße.

101. und 102. **Abt. Treptow-Baumschulenweg.** Bildungsausschuß: 8 Uhr in der Treptower Sternwarte Vorführung des Großfilms „Namenlose Helden" (Kriegsschicksale einer Arbeiterfamilie mit Originalaufnahmen aus dem Kriege) mit Vortrag des Genossen Neumann. Karten zu 70 Pf. sind noch in den Vorwärtsspeditionen Treptow, Grätzstr. 50 und Baumschulenweg, Kiefholzstraße, und bei Heriel, Baumschulenstr. 25, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Lichtenberg. 115. Abt. 6½ Uhr Treffpunkt zur öffentlichen Versammlung bei Lohoen, Jungstr. 20, Ecke Oderstraße. Erscheinen ist Pflicht. — 119. Abt. 7½ Uhr Versammlung unter freiem Himmel auf dem Bochagener Platz. Die Abteilung sammelt sich Dormenode Ecke Kronprinzenstraße 6½ Uhr. Fahnen sind mitzubringen.

120. **Abt. Friedrichsfelde.** 8 Uhr bei Tempel, Prinzenallee 30, Mitgliederversammlung. Referent Landtagsabgeordneter Erich Kuttner. Thema: „Volksentscheid". Gäste können eingeführt werden.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, den 10. Juni:

Prenzlauer Berg: 8 Uhr in den Baracken Danziger Str. 62 Vortrag: „Heidelberger Programm". Referent Erwin Marquardt. — **Ortsgruppe Südost:** Heute nicht Vortrag, sondern „Unter uns". Bunter Abend mit besonderem Programm. Frühere Mitglieder der SAJ.-Gruppe sind hierzu herzlichst eingeladen. — **Gruppe Charlottenburg:** 7½ Uhr Gruppenabend im Jugendheim Rosinenstr. 4. — **Norden:** Morgen, Freitag, 7 Uhr, im Jugendheim Ortlstraße, im Lehrerheim am Brunnenplatz, gemeinsamer Vortrags- und Aussprachesabend mit der SAJ. über „Unsere Stellung zum Staat". Erscheint zahlreich.

Vereinigung sozialdemokratischer Studenten. Große Kundgebung am Freitag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Str. 3. Es spricht Professor Lessing-Hannover über „Staatsgewalt und akademische Freiheit". Eintritt 20 Pf. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Frauenveranstaltungen:

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Die Abteilungsleiterinnen sind möglichst heute, Donnerstag, den 10. Juni (Rundabend), schon um 7 Uhr abends im Schweizergarten.
7. **Abt.** Freitag, den 11. Juni, bei Köhler, Lindstr. 24, Frauenabend. Vortrag der Genossin Agnes Fahrenwaldt.
38. **Abt.** Freitag, den 11. Juni, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Zum Bergfried", Wiebestr. 62, Heiterer Abend. Rezitationen: Genosse Nachow, Lieder zur Laute: Liesel Schaff.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

90. **Abt. Neukölln.** Unser Genosse, der Korrektor Melchior Ciupalski, Kaiser-Friedrich-Str. 211, ist im 54. Lebensjahre am 5. Juni verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Donnerstag, den 10. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Achtung, Sonnabend und Sonntag Flugblattverbreitung! Jeder Genosse muß sich zur Flugblattverbreitung melden, ehe er auf Fahrt geht.

Bezirksvorständesitzung Sonnabend abend 6 Uhr im Bezirksamt Kreuzberg, Berlin 11.

Kassierer-Konferenz Sonnabend abend 7 Uhr im Bezirksamt Kreuzberg.

Abteilungsleiter! Sämtliche Gruppenveranstaltungen fallen am Montag.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 10. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. **4 Uhr** nachm.: Wilhelm Müller-Rüdersdorf: „Die deutsche Jugenderzählung und ihre Meister". **5 Uhr** nachm.: Konzert. **6—6.30 Uhr** abends: Teemusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. **7—7.45 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). **7 Uhr** abends: Abteilung Technik. Professor Großmann: „Chemische Tagesfragen". **7.25 Uhr** abends: (Hochschulkurse). Abteilung Erdkunde. Dr. Robert Potonié: „Die Geschichte der Urwelt (Die Neuzeit der Erde bis zum Auftreten des Menschen". **7.50 Uhr** abends: Einführung zu der Operette „Die beiden Nachtigallen" am 11. Juni. **8.30 Uhr** abends: Die Feuersbrunst, von Alexey Remisow. Vorgetragen von Rose Lichtenstein. **9 Uhr** abends: Humoristische Streichquartette. 1. Raff: Quartett op. 192, Nr. 2: a) Der Jüngling, b) Die Müllerin, c) Die Mühle, d) Zum Polterabend. 2. A. Rasok: Fünf Sätze für Streichquartette: a) Spatzenkongreß, b) Katzenständchen, c) Ein Morgen im Hühnerstall, d) Froschquartett, e) Die Fliege (Lambinon-Quartett: Nikolas Lambinon, 1. Violine; Alfred Weger, 2. Violine; Frida Mosheim, Bratsche; Gottfried Zeelander, Cello). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. **10.30—12 Uhr** abends: Tanzmusik Kapelle Kermbach. (Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 10. Juni.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. **3.30—4 Uhr** nachm.: Else v. Liszt: Die Jugendgerichtshilfe, ihre Tätigkeit zur Vorbereitung der gerichtlichen Maßnahmen. **4—4.30 Uhr** nachm.: Direktor Rake: Das Fürsorgeerziehungsheim. **4.30—5 Uhr** nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. **5—5.30 Uhr** nachm.: Dr. Heinr. Michaelis: Von der Erkrankung der Zähne und des Zahnfleisches. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung von Berlin.

14. Juni, um. Dafür sammeln sich alle Mitglieder an den vereinbarten Treffpunkten. Wer dort nicht rechtzeitig sein kann, begibt sich sofort zum Lustgarten. Die SAJ. nimmt Aufstellung vor der Schloßfreiheit.

Der Bezirksvorstand.

Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr:

Schönhauser Vorstadt I: Schule Driesener Str. 22. Vortrag: „Die Fremdenlegion". — **Schönhauser Vorstadt II:** Schule Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Kirche und wir". — **Südwest:** Gesangssaal Schule Kochstraße. Vortrag: „Neue Menschen". — **Erkner:** Jugendheim an der Rundsiedlung. Aussprache: „Warum bin ich in der SAJ.?"

Werbebezirk Osten: Schule Frankfurter Allee 37. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!" Referent Genosse Hans Krauß.

Werbebezirk Schöneberg: Jugendheim Friedenau, Offenbacher Str. 5a. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!" Referent Genosse Dr. Otto Friedländer.

Werbebezirk Neukölln: Im Großen Saal des Kurlsgartens, Neukölln. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!" Referent Genosse Ludwig Diederich.

Warschauer Viertel: Treffpunkt zum heutigen Vortrag des Werbebezirks um 7 Uhr Warschauer Straße, Ecke Frankfurter Allee.

Morgen, Freitag, den 11. Juni, abends 7½ Uhr:

Werbebezirk Kreuzberg: Gesangssaal Schule Kochstr. 13. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!" Referent Genosse Erich Ollenhauer.

Werbebezirk Wedding: Ledigenheim Schönstedtstr. 1, 3 Tr. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!". Referent Genosse Hans Krauß.

Die Parteigenossen und -genossinnen sind zu den Veranstaltungen herzlichst eingeladen.

*

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft für bildende Kunst. Nächste Zusammenkunft der Gruppe Seelig findet am Sonnabend, 12. Juni, 4½ Uhr, am Bhf. Schmargendorf statt. Auch bei schlechtem Wetter. Zeichnungen mitbringen. Die Mitglieder der Gruppe Graeser wollen bitte auch hinkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Wien-Fahrt des Reichsbanners! Letzter Tag für die Zahlung ist der 12. Juni. Alle Kreiskassierer müssen bis zum 13. Juni spätestens mit der Gaukasse abgerechnet haben. Nachzügler sind unter keinen Umständen mehr zulässig. Abfahrt von Berlin erfolgt ab Anh. Bhf. Fr., d. 9. Juli, nachm. 12.36 Uhr. — **Wedding:** Sonntag, d. 13., nachm. 1½ Uhr, Antreten in den Abteilungen. Demonstrationsumzug mit Reichsbanner, Kapelle und Tambourkorps. Vollzähliges Antreten Pflicht. — **Prenzlauer Berg, Kam. Wörther Platz:** Fr., d. 11., abends 7 Uhr, Vollvers. bei Büttner. Bannerkleidung, da anschließend Spaziergang. — **Kreuzberg:** Sonntag, d. 13., Pflichtfahrt nach Zehlendorf-Wannsee. Antreten aller Kam. mit Tambourkorps 11½ Uhr Potsd. Wannseebhf. Fahrgeld 20 Pf., Fahrkarten bis Nikolassee lösen. — **Wilmersdorf:** Fr., d. 11., abends 7½ Uhr, Antreten Fehrbelliner Platz zur Demonstration für den Volksentscheid. — **Schöneberg-Friedenau:** Do., d. 10., abends 7 Uhr, tritt der gesamte Kreis zur Demonstration Innsbrucker Straße am Verbinder an. So., d. 12., und Sonntag, d. 13., findet die Flugblattverbreitung für den Volksentscheid statt. Die Kam. des Kreises begeben sich zu ihren Kameradschaftslokalen. Von dort erfolgt die Zuteilung. — **Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde:** So., d. 12., abends 7½ Uhr, Antreten Schützenhaus, Flaggenenthüllung in Teltow. Spielleute vollzählig. Sonntag, den 13., nachm. 12 bis 1 Uhr, Platzkonzert des Reichsbanners auf dem Düppelplatz in Steglitz. — **Tempelhof:** Do., d. 11., abends 7 Uhr, Antreten am Hafen. Film „Potemkin". Eintritt statt 1 M. 70 Pf., pünktlich (Tivoli). Fr., abends 7 Uhr, Antreten an der Voß. Goalschule Aula Kaiserin-Augusta-Straße. Jugendkameraden kommen nicht in Frage. — **Lichtenberg nebst Untergruppen:** Do., d. 10., Turnen in der Schule Holteistraße. Fr., d. 11., abends 7 Uhr, Abmarsch mit Spielmannszug und Fahnen zum Umzug. — **Weißensee:** So., d. 12., Funktionärkonferenz, Grüner Baum, 8 Uhr. — **Oranienburg:** Do., d. 10., abends 8 Uhr, Mitgl.-Vers., Schützenhaus. — **Prenzlauer Berg:** Zur Fahrt nach Freienwalde können sich noch Teilnehmer bis Freitag abend bei den Kam. Franz und Gerold melden. Fahrpreis 1.50 M. — **Pankow, Kameradschaft Niederschönhausen:** Fr., d. 11., abends 8 Uhr, bei Kling, Friedensplatz, Mitgl.-Vers. Erscheinen Pflicht.

Bund der Kriegsdienstgegner. Die Mitglieder und Freunde des Bundes beteiligen sich an der öffentlichen Kundgebung des Deutschen Friedenskartells am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße. „Volksentscheid gegen Kriegsgefahr." Es sprechen H. v. Gerlach, Dr. K. Hiller, O. Nuschke, Prof. P. Oestreich, Toni Sender, Dr. Helene Stöcker, W. Wohlich.

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin. Vortrag des Gen. H. Hauptmann: „Licht, Luft und Sonne im Leben des Arbeiters" in der Schule Allerstr. 9. Beginn 8 Uhr. Eintritt frei. Freitag Diskussionsabend der Jugendgruppe im Jugendheim Goßlerstr. 41. Thema: „Vom Wandern". Sonntag, 13. Juni, Beteiligung am Kortelfest. Treffpunkt 7 Uhr Schles. Bhf. Nachzügler bis 11 Uhr. Treffpunkt Teufelssee, Grunewald.

Naturheilverein Neukölln, e. V. Sonnabend, 12. Juni, Vortrag im Licht-, Luft- und Sonnenbad, Karlsgarten-, Ecke Fontanestraße, des Naturheilvereins Neukölln. Dr. Bußmann spricht über „Der gesundheitliche Wert der Licht-, Luft- und Sonnenbäder, sowie der Körper- und Nacktkultur". Anschließend Vorführung von rhythmischer Gymnastik.

Freidenker für Feuerbestattung. Alle Mitglieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung werden aufgefordert, sich an der am Freitag, 11. Juni, stattfindenden Demonstration des Ortsausschusses Prenzlauer Berg für Fürstenenteignung zu beteiligen. Beginn der Demonstration 8 Uhr Arnswalder Platz mit anschließender Massenversammlung an der Schönhauser Allee, zur einsamen Pappel (Exerzierplatz).

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, den 9. Juni.

1. Rennen. 1. Manzanares (E. Treuberg), 2. Rotula (J. Bahr), 3. Ocean Girl (J. Mills). Toto: 60 : 10. Platz: 31, 23, 32 : 10. Ferner liefen: Konsul, Baron Walls jr., Venus, Kinokönigin, Heidesee, Terrazzo, Denkmünze, Sonntagsspring.

2. Rennen. 1. Turibdu (G. Lautenberger), 2. Gerhard (J. Mills), 3. Kapela (W. Schuller). Toto: 36 : 10. Platz: 15, 13, 13 : 10. Ferner liefen: Mentor I, Kohlenkönigin, Rehoserin, Michael, Preislied, Lachmuskel, Constanz, Sphinx I.

3. Rennen. 1. Handieß (W. Lemzer), 2. Carl Alexander (F. Schmidt), 3. Prinzessin Eta (H. Grube). Toto: 117 : 10. Platz: 29, 28, 47 : 10. Ferner liefen: Taiwa, Dompfaff I, Cleo Watts, Cadiac Agworthy, Nachtfalter, Coriolanus, Jeffries jr., Blaumeise, Diagonale, Sybill, Baron Agworthy, Sieglecht, Wimmie, Angriff, Ebonit, Hafner K., Manfred.

4. Rennen. 1. Gottfried (Ch. Mills), 2. Regenbogen (J. Mills), 3. Wagner (E. Ellaß). Toto: 12 : 10. Platz: 11, 16, 19 : 10. Ferner liefen: Heliogabal, Freund Edelstein, Optimist, Wichtelmann.

5. Rennen. 1. Mary H. (Jauß jr.), 2. Florentiner (J. Mills), 3. Doritha (G. Jauß). Toto: 32 : 10. Platz: 14, 13, 20 : 10. Ferner liefen: Northorn Volo, Karneval, Stella Hart, Erdmann, Interpellant.

6. Rennen. 1. Anna Laura (Heckerl), 2. Wainsea (F. Schmidt), 3. Terrazier (J. Mills). Toto: 174 : 10. Platz: 53, 15, 19 : 10. Ferner liefen: Gladiator I, Unheil, Lord Volo, Alpenkönig, Ludwig I, Fürst, Freiberg, Hettie, Jimiene, Citran.

7. Rennen. 1. Barometer (Herrfurth), 2. Blaue Adria (Höhne), 3. Kerrigan jr. (W. Mattern). Toto: 62 : 10. Platz: 20, 41, 23 : 10. Ferner liefen: Höhensonne, Erster Walzertraum, Corona Mc Kinn, Prinzessin Fortuna, Benedict, Prinz Moko, Zeitgeist, Heiderose B., Fantoth, Diwisionär, Alpenlag, Königsadler, Fenelon, Harry W.

8. Rennen. 1. Starbella (Ch. Mills), 2. The Kitty (H. Grube), 3. Ratter (M. Ringlus). Toto: 118 : 10. Platz: 20, 13, 15, 17 : 10. Ferner liefen: Copal, Quintora, Willy K., Della.

9. Rennen. 1. Dunajec (W. Schulze), 2. Morgentau (Lautenberger), 3. Posthumus (P. Finn). Toto: 222 : 10. Platz: 69, 42, 24 : 10. Ferner liefen: Arnfried, Erbprinz jr., Schneewolke, Orientale, Kürassier, Leuchtkäfer, Leuchtturm, Schwarzwaldmädel, Marwelle, Brilon Prinz, Casanova, Pinus, Mantua, Crispa, Puma, Radiola.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Herr auf Reisen an der See, im Gebirge, im Kurort. Wenn die warme Jahreszeit jeden Menschen zu seiner Erholung aus der Stadt lockt, ist es an der Zeit, seine Reiseausrüstung eingehend zu prüfen, sich die neuesten Erzeugnisse der Mode anzusehen, seine Garderobe durch Neuanschaffungen zu ergänzen und sie den Erfordernissen der Mode anzupassen. Bei der **Herz Sohn A.-G., Berlin N. 4, Chausseestr. 29–30,** findet jeder Herr die größte Auswahl sowohl in Qualitäten, Farben, Fassons und Größen für jedes gewünschte Kleidungsstück. Die vorhandenen Konfektionswaren sind durch Präzisionsarbeit, vor allen Dingen durch die gute Auswahl von nur besten Stoffen so auf die Höhe gebracht, daß sie der Maßarbeit in keinem Falle nachstehen. Daraus haben sie den Vorzug, daß man sich sofort alles Gewünschte beschaffen kann. Es ist unbedingt lohnend, vor Anschaffung seiner Reiseausrüstung die reichhaltigen Lager der Firma Herz Sohn A.-G. zu besichtigen. Auf Wunsch wird der neue Sommerkatalog gratis zugesandt.

Ressortpolitik oder Gemeinwirtschaft?

Reichsbahnverwaltung gegen Stadt Berlin.

Die Reichsbahnverwaltung plant die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Im Zusammenhang mit diesem Projekt hat die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat Berlin die Anfrage gerichtet, ob dem Magistrat bekannt sei, daß die Reichsbahn die Absicht habe, für die Stromlieferung an ihre Bahnen ein eigenes Kraftwerk zu bauen. Das Bahnkraftwerk soll in Rummelsburg errichtet werden, in nächster Nähe des städtischen Großkraftwerkes Rummelsburg, das zurzeit in Ausführung begriffen ist. Die Fraktion fragt weiter an, was der Magistrat zu tun gedenkt, um den Bau des Bahnkraftwerkes zu verhindern und die Stromlieferung an die Bahnen für die Berliner städtischen Elektrizitätswerke zu sichern. Diese Stromlieferung sei für die Stadt Berlin wie für das Berliner Wirtschaftsleben von großer Wichtigkeit.

Im ersten Augenblick mag es scheinen, daß die Frage, woher die Reichsbahn ihren Strom nimmt, für die weitere Oeffentlichkeit ziemlich gleichgültig sei. Viele, die sich für die Elektrifizierung selbst interessieren, werden es für eine nebensächliche Seite des ganzen Problems halten, ob die elektrische Energie von dieser oder jener Stromquelle geliefert werde. Aber die Angelegenheit ist, wie sich gleich erweisen wird, von einer Art, die jeden Berliner Bürger, im besonderen auch die Arbeiterschaft, durchaus berührt. Sie ist von großer wirtschaftlicher und sogar politischer Bedeutung. Die Absicht der Reichsbahn, eine eigene Kraftanlage zu errichten, ohne Rücksicht auf das mit riesigen Kosten in Ausführung begriffene Berliner Großkraftwerk, zeigt den Geist, wie er in der Reichsbahnverwaltung herrscht, und wie er nicht sein sollte. Es ist derselbe Geist der Rücksichtslosigkeit und des einseitigen Ressortstandpunktes, den die Reichsbahn auch ihren Angestellten und Arbeitern gegenüber einnimmt, und den wir aus Deutschland beseitigen müssen, wenn das Land wieder hoch kommen soll.

Der Elektrifizierungsplan der Reichsbahn.

In der Zeitschrift „Elektrische Bahnen" veröffentlicht der Reichsbahndirektor Wechmann das Elektrifizierungsprojekt der Bahnverwaltung. Man kann den Ausführungen des Verfassers zustimmen, soweit er die Vorzüge des elektrischen Zugbetriebes darlegt, als da sind: Vergrößerung der Fahrgeschwindigkeit, Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Züge hinsichtlich Massenbeförderung, Verringerung der Betriebsunkosten usw. Warum aber will die Reichsbahn den Strom für den elektrischen Betrieb nicht von der Berliner Städtischen Elektrizitätswerken beziehen? Die Berliner Werke beliefern seit Jahren und Jahrzehnten die Straßenbahn, die Nordsüdbahn und sogar mehrere Vorortstrecken der Reichsbahn, z. B. die Linie nach Bernau, mit Elektrizität, ohne daß aus dieser Stromlieferung für den Verkehr bisher Unzuträglichkeiten entstanden sind.

Die Reichsbahn gibt für ihr Vorhaben, ein eigenes Kraftwerk zu errichten, drei Gründe an: Erstens sei die Sicherheit der Stromlieferung am größten, wenn die Energieerzeugung in einer selbständigen, unabhängigen Anlage erfolgte, die nicht mit anderen Werken oder anderen Stromabnehmern verkuppelt wäre. Zweitens könne sich die Reichsbahn nicht der Gefahr aussetzen, daß die Stromlieferung durch einen etwaigen Streik in einem bahnfremden Werke unterbrochen und damit der Zugverkehr stillgelegt würde. Drittens seien die Energiegestehungskosten niedriger im eigenen Betriebe, als wenn die Elektrizität von anderen Unternehmungen bezogen würde.

Der Standpunkt der Stadt.

Diese Darlegungen der Reichsbahn hat die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. (Bewag) in einer Gegenschrift beantwortet. Verfasser der Gegenschrift ist Direktor Dr.-Ing. Adolph. Die Gegenschrift der Bewag weist erschöpfend und überzeugend nach, daß keines der Argumente der Reichsbahn im Ernst stichhaltig ist. Die Sicherheit der Stromlieferung ist, nach den Ausführungen von Adolph, bei der Bewag viel besser garantiert als bei der Bahn selber. Die Bahn will nur ein einziges Kraftwerk von 80 000 Kilowattleistung erbauen. Der Bewag aber stehen zur Verfügung: erstens das im Bau befindliche Großkraftwerk Rummelsburg mit einer Maschinenleistung von 240 000 Kilowatt, zweitens die drei älteren Berliner Kraftwerke Charlottenburg, Moabit und Alt-Rummelsburg mit Maschinenleistungen von je 60 000 bis 70 000 Kilowatt, drittens der Fremdstrom mit rund 60 000 Kilowatt. Der Fremdstrom wird in der Hauptsache von den Elektrowerken bezogen, die ihrerseits die drei Kraftwerke Golpa, Lauta und Trattendorf betreiben. Alles in allem ist die Maschinenleistung, über die die Bewag direkt und indirekt verfügt, ungefähr zehnmal so groß wie die Leistung des geplanten Bahnkraftwerkes. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß dieser Fülle von Betriebsmitteln eine viel größere Sicherheit gegen Störungen aller Art inne wohnt, als sie das eine Bahnwerk enthalten kann. Ein Maschinenaggregat des Großkraftwerkes oder ein Werk wie Charlottenburg, Moabit und Alt-Rummelsburg oder der Fremdstrom allein, ebenfalls als Einheit aufgefaßt, würde genügen, um die gesamten Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zu betreiben. Daß die Bahn der Betriebssicherheit ihres einzigen Werkes selbst durchaus nicht restlos traut, geht daraus hervor, daß sie bemüht ist, mit anderen erreichbaren Kraftwerken Verträge auf gegenseitige Unterstützung in Notfällen abzuschließen.

Bezüglich der Streikgefahr wird in der Erwiderung der Bewag darauf hingewiesen, daß seit Herbst 1923, also seit der Stabilisierung der Währung, diese Frage kaum noch von Bedeutung sei. Vorher hätten die Belegschaften der städtischen Elektrizitätswerke und die der Reichsbahn gestreikt. Bei geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen könne mit Sicherheit erwartet werden, daß Streiks des Betriebspersonals nicht vorkommen würden.

Und die Strompreise?

Einen breiten Raum in der Untersuchung der Bewag nimmt die Strompreisfrage ein. Die Bewag setzt auseinander, daß die Energie in dem Bahnkraftwerk teurer erzeugt werden würde, als in dem Großkraftwerk Rummelsburg. Die Produktion stellt sich in dem städtischen Werk billiger, weil dieses Werk erstens mit größeren Maschinensätzen arbeitet als das Bahnwerk, und weil zweitens die Ausnutzung einer Bahnkraftanlage — das ist eine der Eigentümlichkeiten des Bahnbetriebes — viel geringer ist als die einer allgemeinen städtischen Energieversorgung. Für das Bahnkraftwerk sind Hauptmaschinensätze von 20000 Kilowatt Leistung vorgesehen, in dem Rummelsburger Werk kommen Sätze von 70000 Kilowatt zur Aufstellung. Die Berliner Stromversorgung arbeitet mit einer Benutzungsdauer von jährlich mehr als 3400 Stunden, während für die Stromversorgung der Bahn kaum die Hälfte dieser Zeit in Frage kommt. Die Bewag, die sich dem Bahnkraftwerk ökonomisch durchaus überlegen fühlt, spricht den Wunsch aus, daß die Reichsbahn die Berechnung ihrer Stromerzeugungskosten bekanntgeben möge, damit an der Hand tatsächlicher Zahlen die Sachlage erörtert werden könnte.

Vereinheitlichung ist notwendig!

Soweit die Darlegungen der Bewag. Der Plan der Reichsbahn, ein eigenes Kraftwerk zu errichten, hat bereits in der Presse mehrfache Erörterungen gefunden. Das „Berliner Tageblatt" z. B. weist in einem kürzlich erschienenen Artikel darauf hin, daß die Stromlieferung an die Stadtbahn, wenn sie den Berliner städtischen Elektrizitätswerken zufiele, den Betrieb der letzteren ausweiten und damit verbessern würde. Es handelt sich nämlich bei dem Bedarf der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen um ganz gewaltige Energiemengen. An diesen Punkt heften sich die Interessen aller Wirtschaftskreise, darunter auch der Arbeiterschaft. Wird die Stromlieferung an die Bahn den Berliner städtischen Elektrizitätswerken übertragen, so bedeutet das Vereinheitlichung und damit Stärkung der Berliner Elektrizitätswirtschaft. Die allgemeine Stromerzeugung könnte verbilligt, die Stromtarife können herabgesetzt werden. Wird die Stromlieferung dagegen zersplittert, so heißt das Schwächung der Elektrizitätswirtschaft, was gleichbedeutend ist mit Vereitelung eines möglichen ökonomischen Fortschrittes.

*

Jetzt wird auch der einzelne Arbeiter begreifen, warum er an dieser scheinbar so weit abseits liegenden Stromlieferungsfrage mitinteressiert ist. Der ökonomische Fortschritt der Welt geht ja nicht in einzelnen großen Sprüngen vor sich, sondern nur in vielen kleinen Schritten. Jeder dieser kleinen Schritte ist wichtig. Deshalb muß die Reichsbahn verhindert werden, einen Fehlschritt zu tun. Wenn die Reichsbahnverwaltung, in einem einseitigen Ressortstandpunkt befangen, glaubt, auf die Interessen des Berliner Wirtschaftslebens nicht Rücksicht nehmen zu brauchen, oder wenn ihr das nötige allgemeinwirtschaftliche Verständnis abgeht, so muß ihr beigebracht werden, daß sie sich auf einem Irrwege befindet. Es gibt kein Gebiet der Wirtschaft, das in so hohem Maße nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung drängt, das in solchem Grade zu Gemeinwirtschaft im besten Sinne des Wortes bestimmt ist, wie das Elektrizitätswesen. Von öffentlichen Unternehmungen, wie sie die Reichsbahn darstellt, muß mehr noch als von irgendwelchen privaten Gesellschaften verlangt werden, daß sie die Gemeinwirtschaft fördern, nicht aber schädigen. Wir erwarten daher von dem Berliner Magistrat, daß er die Interessen der Stadt, die Interessen der arbeitenden und wirtschaftenden Bevölkerung gegenüber der Reichsbahn nachdrücklich wahrnimmt.

Der Buchprüfungsdienst 1925.

100 Millionen Mark Besitzsteuern mehr festgesetzt.

Im Kampf gegen die Steuerhinterziehungen ist der Buch- und Betriebsprüfungsdienst eine der wirksamsten Waffen. Die Sozialdemokratie hat sich daher im Reichstag von jeher für seine Ausgestaltung besonders eingesetzt. Sie hat auch veranlaßt, daß der Oeffentlichkeit alljährlich die Ergebnisse der Prüfungen zugänglich gemacht werden. Eine solche Erfolgsübersicht ist zum erstenmal für das Rechnungsjahr 1924 vorgelegt worden, nunmehr ist die Erfolgsübersicht für das Rechnungsjahr 1925 dem Reichstag zugegangen. An Hand dieser beiden Uebersichten stellen sich diese Ergebnisse der Buch- und Betriebsprüfungen in den letzten beiden Rechnungsjahren folgendermaßen dar:

Festgesetzte Mehrsteuern	Rechnungsjahr 1924 M.	Rechnungsjahr 1925 M.
Einkommen- u. Körperschaftssteuer	52 719 876	47 014 129
Umsatzsteuer	11 299 605	30 812 927
Vermögenssteuer	20 506 965	13 685 741
Sonstige Reichssteuern	1 856 220	6 408 782
Reichssteuern insgesamt	86 382 666	98 011 529
Geldstrafe	6 393 351	7 553 330
Landes- und Kirchensteuer	1 581 578	1 842 202

Insgesamt sind also nahezu 100 Millionen Mark Besitzsteuern infolge der Prüfungen mehr festgesetzt worden, dazu 7,5 Millionen Mark Geldstrafen und 1,8 Millionen Mark Landes- und Kirchensteuern. Dieses Ergebnis entspricht etwa der Summe, die monatlich durch die Lohnsteuer aufgebracht werden soll.

Einen Einblick über den Umfang der Buchprüfungen gewinnt man aber erst, wenn man feststellt, auf wieviel Veranlagungsfälle ein Buchprüfungsfall kommt. Bei der Veranlagung für das Jahr 1922 wurden 5,67 Millionen Steuerpflichtige mit ihrem gesamten Einkommen veranlagt. Hierzu kamen noch 44 000 Körperschaftssteuerpflichtige. Nimmt man an, daß sich die Zahl der Steuerpflichtigen in der Zwischenzeit nicht wesentlich verschoben hat und daß die Einkommen- und Körperschaftssteuerpflichtigen zugleich umsatz- und vermögenssteuerpflichtig sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß im Rechnungsjahr 1925 auf 70 Veranlagungen ein Buchprüfungsfall entfällt. In den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken ist aber dieses Verhältnis ganz verschieden.

Ebenfalls starke Schwankungen weist die Summe der Mehrsteuern auf, die in den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken infolge der Prüfungen neu festgesetzt werden konnten. Den Landesfinanzämtern Hannover, Köln und Unterweser ist es gelungen die Gesamtsumme der neu festgesetzten Steuern gegenüber 1924 auf mehr als das Dreifache zu erhöhen. Anderseits hat sich das Ergebnis beim Landesfinanzamt Stuttgart auf mehr als die Hälfte verringert. Die durchschnittlich im einzelnen Fall neu festgesetzte Steuer betrug im Rechnungsjahr 1924 rund 1400 Mark, im Rechnungsjahr 1925 rund 1200 M.

Dankschreiben
(wie solche täglich unaufgefordert bei uns eingehen)

„. . . . . . möchte ich nicht versäumen, Ihnen mitzuteilen, daß ich durch den Gebrauch der Chlorodont-Zahnpaste blendend weiße Zähne erlangte, ein Vorzug, den ich bisher bei sämtlichen von mir benutzten Zahnpasten vermißte. Der durch das Rauchen entstehende mißfarbene Zahnbelag verschwand schon nach kurzem Gebrauch der Chlorodont-Zahnpaste. Der langanhaltende, erfrischende Geschmack und die Tatsache, daß Chlorodont kein Gold angreift, stellen die Paste als beste ihrer Art hin. Indem ich Sie meiner größten Anerkennung und Hochschätzung versichere, wünsche ich Ihnen die wohlverdiente weitere Verbreitung Ihrer Chlorodont-Zahnpaste. A. Landmann, Eutin, den 8. I. 1926."

Chlorodont-Zahnpaste ⅟₁ Tube M 1.—, ½ Tube 60 Pfg. / Für Reise und Landaufenthalt unentbehrlich. / In allen einschlägigen Verkaufsstellen erhältlich!

Blitzschnell fliegt der Ball zurück

Erdal

gibt Glanz im Augenblick.

Central-Theater 8 Uhr: Eva Bonheur Ilka Grüning

Residenz-Theat. 8¼ Uhr: Herz contra Herz Eugen Rex, Metelka Pr.: 75 Pf. bis 6 M

Berliner Theater Tägl. 8¼: Donnerwetter, ganz famos

Rose-Theater 8¼ Uhr: Ehre deine Mutter. — Gartenb. 7¾ U.: Die gesch. Jungfrau

Theater a. Kottb. Tor Tägl. 8 Uhr:

Elite-Sänger Sie lachen wirklich Tränen

Zoolog. Garten Täglich ab 4 Uhr Konzert

Aquarium geöffnet v. 9—7 U. Tierkunst-Ausstellung

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Heute: Großer Volkstag Eintritt auf all. Plätz. exkl. Loge 50 Pfg. Kaffeekochen, Tanz

Krause-**Pianos** zur **Miete** Ansbacher Str. 1. Ecke Kurfürstenstraße

Pumpen Röhren Filter, Ersatzteile, Preisliste gratis

Koblank & Co. Pumpenfabrik, Berlin N 65, Reinickendorfer Straße 95.

Damen-Wetter-Mäntel

für Reise, Kuraufenthalt und Wandern

aus Gabardine, Loden- und Gummistoffen (wetterfest imprägniert)

4785 Reinwoll. Gabard.-Mantel, sportfarb., eingelegt. Rückenfalte u. seitl. Faltengarnier.; Ringgürtel u. Armriegel. Form 435, M. 36.-	3800 Guter, dunkelgrüner Strichloden; Kragen offen und hochgeschlossen zu tragen ... Form 200 M. 25.-
4798 Grau-grüner, reinwoll. Gabard. m. Rückensattel u. eingelegt. Falte; Krag. offen u. hochgeschl. zu tragen, Form 756 .. M. 36.-	4763 Leichter, reinwollener, hellgrüner, mittelgrüner od. marengofarbig. Kamelhaarloden, beste Qualität .. Form 207a M. 42.-
4800 Mantel a. reinw., grau-grün. Gabardine; gute Qual., solide Verarbeit. Vorder- u. Rückensattel m. eingelegt. Falt. Form 661 M. 36.-	B 4123 Leichter Gummistoff, Köpergewebe, sportfarbig, eingesetzer Ärmel und Ringgürtel ...... M. 25.-
4814 Gabard.-Mantel, reinwoll., feste Qual., sportfarb., mit 4 aufgesetzten Taschen u. eingel. Rückenfalte; Armrieg., Form 777, M. 55.-	B 4362 Leichter Kaschmir-Mantel, sehr guter Gummistoff, offen u. hochgeschloss. zu tragen, blau, modefarben od. braun, Form 26 36.-
4757 Reinwollener, waffelgemusterter Gabardine, sportfarbig, eigene gute Verarbeitung; halb mit Regenseide gefüttert .... Form 661, M. 78.-	Reiche Auswahl von Damen-Filz-, Loden-, Gummi- u. Sporthüten in neuen Farben und Formen

Form 207a Form 661

PEEK & CLOPPENBURG

G M B H

BERLIN C19 · GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 · ROSS-STRASSE 1-4

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½ U.: Mona Lisa
Schauspielhaus 8 U.: Duell am Lido
Schiller-Theater 8 U.: Kyritz-Pyritz

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Katja Kabanowa Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater Norden 10334—35 Gastspieldirekt. Rehnert 8¼ Uhr **Das Ekel** mit **Max Adalbert**

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8¼ Uhr: Zum 50. Male: **Week-end** (Ueber'n Sonntag)

Scala 8 Uhr: Internat. Varieté Theaterkasse: Lützow 2557

Deutsches Künstl.-Theater Tägl. 8 Uhr: Der fröhliche Weinberg
Th. a. Kurfürstendamm Tägl. 8 Uhr: Rebhuhn od. Die neue Fassade
Wallner-Theater 8 Uhr: Der heilige Brunnen Blanco Posnets Erweckung

Theater des Westens Zum letzten Male: 8 Uhr: Gräfin Mariza 50 Pf. bis 4 M. Sbd. 7½: Premiere Die große Unbekannte Operette von Suppé Sbd. 4, Stg. 3 Uhr: Schneewittchen 20 Pf b. 1 M. Erw. dop. Sonnt. nachm. 4 U.: Gräfin Mariza 50 Pfg. bis 3,50 M.

Casino-Theater Letzte Woche 8 Uhr: Das verlorene Paradies Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorzeigung der Annonce zahlen Sie Parl. u. Balkon 1 M. Loge u. Sessel 1.50

Lessing-Th. 8 U. Schneider Wibbel Henckels, Berber Grodtczinsky Sommerpr. 1-8 M. Mitgl. d. Volksbüh., Gewerkschaft, Kriegsbeschädigte gegen Ausweis gute Plätze à 1,50, auch an Angehörige

Kleines Th. 8¼ Uhr: Seitensprünge 3 Groteske von Karl Sloboda Vorz. dieses zahlt 50% d. Kassenpr.

Barnowsky-Bühnen Sommerspielzeit **Theater Königgrätz. Str.** T.: Hasenheid. 2110 7½ U. zum 1. Male Gefallene Engel

Komödienhaus Tel.: Norden 6504 8 Uhr: Der Garten Eden

Neues Th. am Zoo Tägl. 8 Uhr: Der alte Dessauer Operette in 3 Akten Charl. Vespermann Falk, Kiper, Godan, Straaten, Hainisch Preise 0,50 bis 6 M.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Judith** Morgen 7½ Uhr: FAUST
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: **Die Freier** Morgen 8 Uhr: Die Freier.

Komische Oper 8¼ Dir. James Klein 8¼ **Berlin ohne Hemd!** Die gewaltigste Revue 200 Mitwirkende Sommerpreise

Rennen zu Karlshorst Donnerstag, den 10. Juni nachmittags 3½ Uhr Ausgleich der Vierjährigen

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr **Stettiner Sänger** Neu! Ein Hausball bei Meyer's Berliner Burleske von Wernd.
Dönhoff-Brettl (Saal u. Gart.) Varieté! — Konzert! — Tanz!

Ungeziefer Insekt und Wanzenplage

Herr Dr. med. G. in S. hat mit Obermeyer's Medizinal **Herba-Seife** erzielt. Per St. M. —,65, 30% verstärkt bei unreinem Teint großartige Erfolge Mk. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Aelita

nach dem Roman von A. Tolstoi

ab heute im

Mozartsaal

Durch Massen-Einkauf

gelangen 200 000 Liter Weine in bekannter Güte spottbillig zum Verkauf.

Apfel- und Heidelbeerwein, süß	Liter	—,75
Kirsch-, Stachel- und Johannisbeerwein, süß	"	—,90
Erdbeerwein, Zucker gesüßt	"	1,47
Malaga, echt, unverschnitten, ca. 15 Proz.	"	1,60
Feinster span. Blutwein, echt, unverschn., ca. 17 Proz.	"	1,40
Samos, Krankenwein, edel, kräftig, süß	"	1,90
Feinster Portwein, kräftig, süß	"	2.—
Erstklassige Bowle	"	—,75
Erstklassige Mer Weißweine	Fl.	—,75
Mer Rüller, Obermosel, prima	"	—,75
Mer Liebfrauenmilch, prima	"	—,95
Bowlen-Sekt „Mein Süßer"	"	1,20
Mer Weißweine, sehr edel	"	1,50
Feinste 20er Bordeauxweine	"	1,50
Feinster Tafel-Aquavit, ca. 35 Proz.	Liter	2,95
Feinster Weinbrand-Verschnitt, ca. 38 Proz.	"	3,30
Feinster echter Weinbrand, 38 Proz.	"	4,30
Feinste Tafelliköre aller Art, 30 Proz.	"	4,45

Zur Aufklärung 1 Liter enthält ⅓ Liter mehr als eine ¾ Flasche

Kostproben gratis! Ausschank direkt vom Faß!

Sämtliche Preise einschließlich städtischer Steuer ohne Glas.

Eduard Süßkind, Likörfabrik

Hauptgeschäft: Berlin N. 31, Brunnenstr. 42/43

Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 137, Ecke Grolmanstraße.
Steglitz: Schloßstraße 121.
Moabit: Wilsnacker Straße 25, Ecke Birkenstraße.
Neukölln: Berliner Straße 13.
Berlin SO.: Grünauer Straße 15
Berlin O.: Petersburger Straße 60.
Berlin: Koppenstraße 87.
Berlin N.: Müllerstraße 144.
Berlin N.: Chausseestraße 76, an der Bank.

Die gute alte **Henko** zum Einweichen!

Weichen Sie die Wäsche mit Henko-Bleich-Soda ein. Sie haben ein viel leichteres Waschen, wenn Sie richtig einweichen. Henko lockert Schmutz und Flecke und erleichtert das Waschen ausserordentlich.

(Hergestellt in den bekannten Persilwerken)

Oeffentliche Aufforderung zur Erneuerung von Kraftfahrzeugsteuerkarten.

Diejenigen Kraftfahrzeugbesitzer, deren Steuerkarten am **30. Juni 1926** ihre Gültigkeit verlieren, werden hiermit zur rechtzeitigen Erneuerung der Steuerkarten aufgefordert.

Um großen Andrang und damit notwendig verbundenen Zeitverlust zu vermeiden, werden die Steuerpflichtigen im eigenen Interesse gebeten, die Karten **bei dem Finanzamt Börse, Kraftfahrzeugsteuerstelle, Berlin N. 24, Friedrichstr. 107** (Einfahrt Kalckreuthstraße), linker Seitenflügel, 1. Stockwerk, Zimmer 145, werktäglich von 9—1 Uhr (Sonnabends von 9—12 Uhr) an folgenden Tagen zu erneuern:

In der Zeit vom:	Die Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben:
28. 6.—30. 6.	T bis Z
1. 7.— 3. 7.	S
5. 7.— 7. 7.	N bis R
8. 7.—10. 7.	J bis M
12. 7.—14. 7.	E bis H
15. 7.—17. 7.	A bis D

Die Abfertigung an anderen Tagen erfolgt hinter den nach diesem Plan benachrichtigten abgefertigten Steuerpflichtigen.

Berlin, den 8. Juni 1926

Finanzamt Börse (für Stempelsteuer).

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Der wöchentliche Beitrag beträgt für die Woche **vom 13. bis 19. Juni** usw. **2,80 M.** und ist **erstmalig am Freitag** (11. 6.) **oder Sonnabend** (12. 6.) zu bezahlen. Auf den Beitragslisten ist der Beitrag mit 2,80 M. zu buchen.

Der Gauvorstand

HUNDE

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. Fettgedrucktes Wort 25 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). — Stellengesuche das 1. Wort (fettgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Die selbe ist Wochentags von morgens 8½ Uhr bis nachm. 5 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Bezugsquellen). Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben Gesellschaftsanzüge für korpulente Figuren spottbillig. Adr. früher Mulackstraße, jetzt Gormannstraße 25/26 und Marienburgerstraße 26.

Möbel

Herrenzimmer 290.—, Bücherschränke 89.—, Schreibtische 80.—, Klubsessel 50.—, Klubtische 25.—. Kamerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Sonder-Angebot. Zu wirklich billigen Preisen liefern wir unter Garantie für einwandfreies Material und gute Arbeit: Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, bei Zahlungserleichterung. Emmlers Möbelfabrik, SO 36, Kottbuserdamm 25/26.

Möbelkredit und bar an jedermann. Kleine Anzahlung. Görlich, Stralauerplatz 1, Schlesischer Bahnhof.

Möbel-Bochel, Oranienstr. 58 (Moritzplatz). Fabrikgebäude. Aeußerst niedrige Preise für einfache und elegante Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Bücherschränke, Schreibtische, Büfetts, Anrichten, runde Tische, Standuhren, Kleiderschränke, alle Größen, Sofas, Ruhebetten. Eventuell Zahlungserleichterung.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Gluf, Brunnenstraße 33.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 10

Verschiedenes

Güttebiese a. d. Oder. Angenehmer Sommeraufenthalt, herrlich an Wald und Wasser gelegen, schöner Badestrand, Ruder- und Angelsport. Zimmer mit und ohne Verpflegung zu mäßigen Preisen. Fahrverbindung täglich zwischen Güttebiese und Bahnstation Freienwalde. Auskunft erteilt gegen Rückporto der Verkehrsverein.

Lungenheilkraut ermöglicht schnellere Heilerfolge. Beschreibung kostenlos. Rud. Gerlach, Wickendorf (Mark) 3.

Geldverkehr

Pfandleihe, höchstbeleihung. Lange, Moritzplatz, Eckhinterhaus.

Vermietungen

Möblierte Werkläden, mit und ohne Wohnungstausch, allen Gegenden von 35.— Miete an vermietet Krause, Bellestraße vierzehn.

Tüchtiger Klempner und Rohrleger

der sich auch auf Zentralheizung versteht, für größeren Industriebetrieb sofort gesucht.

Es kommen nur Handwerker in Frage, die auf Dauerstellung reflektieren und langjährige Arbeitsverhältnisse nachweisen können.

Offerten unter Chiffre H. 26 an die Expedition des „Vorwärts".

Die Matratzenbewohner.

Von Bela Revesz.

(Aus dem Ungarischen von Dr. Frieda Böhm.)

Ein Kind war ich, welches man der Studien wegen nach Pest schickte. Mit mütterlichen Warnungen in meiner Seele und mit der schwarzen Armut an meinen kämpfenden Schultern erschütterte mich und mein furchtsames Kinderherz der Anblick der Großstadt mit ihrem wilden Geschmeiter derart, daß, als ich mich am späten Abend auf meiner Matratze hinlegte — ich erinnere mich noch — sich in meinem Hirn die düstere Blüte des weltweisen Gedankens entfaltete:

Warum stirbt nicht ein armes Kind eigentlich? . . .

Für die Matratze unterrichtete ich ein verwöhntes, kleines Mädel, und die Wirtin, mit der ich mein Abkommen traf, teilte mir auch mit, daß nur die Hälfte der Matratze mir gehöre.

Dünste steigen auf . . . ein Traum . . . rufe ich diese Nächte wach . . .

Das Haus, wo ich wohnte, war eine traurige Mietskaserne, je weniger Wände, je mehr Fenster, bis zu den kalten Wolken hinauf, wo ununterbrochen der Wind säuselt. Diese Luftströmung wehte ständig um das Haus und am Abend, wenn ich mich schlafen legte, schwebten eigentümliche Stimmen um mein Bett; in der nächtlichen Stille begann das Glashaus zu singen; die Fenster seufzten, aus der Tiefe des bewegten Hauses erhob sich Gemurmel, welches sich dem Murren der oberen Stockwerke hinzugesellte. Aus dem Stimmengewirr zischte ein Zanken, eine Klage schwebte dahin, klangloser Lärm, stummes Reden flogen um das Haus, mit betäubtem Wachen wartete ich an der einen Hälfte der Matratze . . . von der Dunkelheit hob sich ein müder Schatten ab . . . Eine Weile irrt er umher, er bleibt stehen, in der Zwischenzeit wirft er sein Gewand lässig ab und klettert auf die andere Hälfte der Matratze; er streckt sich stumm neben mir aus, um uns flüstert das Glashaus und mein stiller Gefährte sendet einen tiefen Seufzer in diese chaotische Unruhe . . .

Nie sah ich das Gesicht meiner Nachtgefährten. Sie mußten sehr gejagte Menschen sein. In der Nacht — während das Glashaus leise erklang — kamen sie und in der Morgendämmerung, als die Studenten-Kinderträume mit ihrem Schwanenflaum mein Lager schon erweichten, verschwanden sie. Meine Spekulationen über Verpflegung, über Schulgeld, über die tränenvollen Bilder bei uns zu Hause hielten mich lange wach und da, in der rastlosen Dunkelheit grübelte ich über meine Schlafgefährten, die sich auf der anderen Hälfte der gut rentierenden Matratze mit reicher Abwechselung neben mir ausstreckten. Ich horchte, ich lauschte. Die aufsteigende Musik machte meinen Verstand schwindlig, doch es kam der Wohlbeleibte, der Schlanke; der Dicke wälzte sich viel mit seinem heißen Körper herum, im Trauerzelt der Nacht setzte er sich häufig auf. Der Friseur verscheuchte mit seiner wohlriechenden Hand und mit seinem salbengepflegten Haar den saueren Geruch des Quartiers; wütend bestieg ein kleines Männlein die Matratze und zog die Decke an sich. Mir war kalt und ich rupfte die Decke zurück, der Wuchtige nahm sie mir wieder, doch ich wickelte mich, Grund meiner Rechte, gut in die Decke ein, mein giftiger Kompagnon griff noch einigemal nach dem armen Flanell, aber endlich erstarrte der Schlaf seine selbstsüchtigen, schlagbereiten Hände: der Kampf legte sich, nur das Glashaus turtelte wie die vielen bitteren Geheimnisse, die einer Lösung harren . . .

Einmal lag ich hungrig auf der Matratze . . . an diesem Abend schleppte ich mich mit heißem Kopf und meiner ganzen gefräßigen Jugend auf den Straßen umher und in meinem Herzen läutete die ordnende, reife Frage:

Warum stirbt nicht ein armes Kind eigentlich? . . .

Meine sehnsüchtige Phantasie wurde von Abendessen, Mittagmahlen, dampfenden Suppen, fettem Fleische überflutet. Es war ein heißer Abend, gelbe Gaslichter brannten über den Platanen, der feingezeichnete Schatten der laubigen Aeste fiel auf den Asphalt und ich watete mit sinkenden Füßen in den vor mir ausgebreiteten schwarzen Draperien. . . . Kummer, Feigheit, mit den Schreckgespenstern des Seins fechtendes, altes Klügeln bearbeitete, stieß und prügelte meine Kinderseele; mein ungestümer Magen, mein hungriger Gaumen lungerte so in der Stadt umher, wie der Räuber, der sich zum Bösen rüstet . . .

Die Erregung erschlaffte, der Regen, einem Leichentuche gleich, fiel herab und unter einem Gesinse klatschte ein Regentropfen auf meine Schulter; Entsetzten erschütterte meinen hohlen, leeren Körper.

Schwach und welk lag ich auf der Matratze, vor meinen brennenden Augen schwammen Visionen, mein erregter Appetit erniedrigte sich zum Schmatzen und bewegte wahnwitzig meinen Mund; ein Krampf durchzuckte mich vom eingefallenen Bauch bis zum schwindligen Kopf, dann unter der ungeheuren Walze brachen meine Schultern, meine knochigen Hüften zusammen. . . .

Aus meinem Schädel entfloh meine leichte Phantasie und mit flackernder Lebhaftigkeit wob sie Bilder über mich. Diese höhlenartige Finsternis, die lauernde Stille, die trostlose Verlassenheit hüllten mich, wie ein ausgesetztes Wickelkind ein. . . . Schlummerlied sickerte durch die mitternächtliche Stille, das Glashaus tutete, die Glaswände tönten, an der bis zum Himmel erhobenen Harfe erklangen falsche Töne, als hätten sich Alpdrücken, räuberische Vermählung, mit dem Tode plauderndes Wachen aus den schlechten Zimmern, mit ihrer Seelenstimme in Bewegung gesetzt; über mein krankes Herz zitterte die Flöte des Weltalls und irgendeine glückliche Uebelkeit erstickte in mir die Qualen des Hungers. . . .

Mein stiller Schlafgefährte legte sich sanft neben mich. Meine namenlosen Visionen erzündeten Wunder in meiner Phantasie, mein treuer Gefährte auf dem gemeinschaftlichen Bett lallte im Traum, er murmelte, stotterte unbekannte Worte und unerwartet schluchzte er auf. . . .

Wie eine Fee, die den Umherirrenden in ein Wäldchen lockt, hob auch mich das Weinen in seine warmen Arme und indem ich meine Jugend, meinen Hunger im Kahn der Tränen unterbrachte, weinte ich ohnmächtig auf der anderen Hälfte der Matratze. . . .

Als unser Kaiser noch auf Reisen ging.

(Aus den Erinnerungen einer kaiserlichen Hofdame.)

Eine kaiserliche Schrulle, die von dem Oberhofmarschall Liebenau immer wieder belebt wurde, war Wilhelms Leidenschaft des Reisens, welche dem Oberhofmarschall entweder bedeutende Nebeneinkünfte sicherte, da er Seine Majestät begleitete oder, wenn er zurückblieb, ihm unbeschränkte Herrschaft ließ.

Während Liebenaus Verwaltung ging der Kaiser nach Stockholm und Kopenhagen, Frankfurt, Stuttgart, München, Wien, Rom, Hamburg, Leipzig, Breslau, Stettin, Bückeburg, Oldenburg, Wilhelmshaven, Schwedt, Weimar Braunschweig, Dresden, Osborne, Sandown Bay, Aldershot, Karlsruhe, Straßburg, Metz, Münster, Minden, Hannover, Schwerin, Athen, Dessau, Darmstadt, Worms, Bremen, Frankfurt a. M., Altenburg, Königsberg; im ganzen hielt er sich mit seinem Hoflager in 37 verschiedenen Städten in Deutschland und außerhalb auf, von denen manche drei- oder viermal besucht wurden, und das alles in dem kurzen Zeitraum von einem Jahr und zehn Monaten. Graf Schuwalow, welcher zu jener Zeit russischer Botschafter in Berlin war, erzählte mir, daß der Zar Alexander II. zu sagen pflegte, daß es in der Geschichte nur einen ähnlichen Fall gebe, der von Karl XII., dem „Verrückten des Nordens".

Zur Entschuldigung der beinahe immerwährenden Abwesenheit vom Sitz der Regierung und zur Beruhigung der öffentlichen Meinung wegen der ewigen Gastereien werden von Wilhelm und seinem Gefolge alle Arten von Gründen beigebracht. „Wenn er es versäumt, den König von Belgien zu besuchen, könnten unsere afrikanischen Besitzungen ausgelöscht werden," sogar rascher, als Eugen Richter es wünschte. Ein Monat Seereise gibt dem Kaiser die sehr erwünschte Gelegenheit, „seinen inneren Menschen zu studieren".

Aber die wahren Ursachen dieser Reisen ist die krankhafte Unruhe (Psychopathia vagans), die den Kaiser beherrscht und ihn von einer Stadt zur anderen, über Seen und Berge jagt.

Die Adjutanten, die Vertreter des Militär- und Zivilkabinetts, Leibärzte, Kammerdiener, Garderobiers, Silberbeschließer, Kellermeister, Stallmeister, Kutscher, Reitknechte, Köche, Küchenpersonal und die Schar der Jäger und Lakaien, die ihn auf jeder Reise begleiten, sind so geübt in der Handhabe des Massengepäcks und Zubehörs, daß ein Befehl, innerhalb einer Stunde fertig zu sein, sie weder überrascht noch aus der Fassung bringt. War die Reise schon einige Zeit vorher geplant, wird ein gedrucktes Reiseverzeichnis den Abteilungsleitern geliefert, aber sehr oft ist nicht einer von den Männern imstande, irgend etwas außer der Stunde der Abreise zu erfahren.

Der Kaiser redet seine Diener nur mit einsilbigen Worten an und gibt sich nicht einmal die Mühe, deutlich zu sprechen. Um die Wiederholung eines Satzes zu bitten oder irgendeine Frage zu tun, würde ein unerhörter Bruch der Etikette sein; so bleibt nichts anderes übrig, als auf eine günstige Gelegenheit zu warten, um im Ungewissen weiterzuarbeiten, um so mehr, als die Adjutanten oft nicht mehr über die Absichten Seiner Majestät wissen als die Stalljungen, die jede kaiserliche Gesellschaft zum Tennisspiel begleiten.

Besonderes Schweigen wird beobachtet, wenn das Reiseziel irgendeine Stadt oder Festung weit im Westen oder Osten des Reiches ist, wo nach einer Reisenacht der Kriegsherr um 5 oder 6 Uhr morgens zu landen und mit großem Gefolge und Trompeten durch die Straßen zu reiten beabsichtigt, um die Garnison zu alarmieren. Wenn der diensttuende Garderobier vermutet, daß die Reise ein derartiges Ziel habe, wendet er jedes mögliche Mittel an, um das Geheimnis zu ergründen, und mehr als einmal habe ich dem armen Kerl geholfen, indem ich versuchte, aus der Kaiserin herauszubekommen, was er wissen wollte. Jedoch ist Ihre Majestät auch nicht immer auf dem Laufenden. Man wird die Angst des Garderobiers besser verstehen, wenn ich erwähne, daß Wilhelm es sich zur Regel macht, immer die Uniform des Hauptregiments zu tragen, welches in der betreffenden Stadt steht. Der Leibdiener, welchem es nicht gelänge, aus dem Gepäck die richtige Uniform herauszunehmen, würde seinen Namen rasch von der Liste gestrichen sehen. Wenn ich noch hinzufüge, daß eine Kavallerieuniform aus 14 verschiedenen Teilen besteht, kann der Leser sich einen Begriff von der Arbeit machen, welche durch die plötzlichen Reisen entsteht; denn eine Uniform ist natürlich nicht genug, es müssen drei oder vier vorhanden sein und auch Zivilkleidung und Jagdkostüm.

Ebenso ergeht es dem Stallmeister. Wird ein Infanterie-, Kavallerie- oder Artilleriepferd gebraucht werden? Denn Seine Majestät reitet jedesmal ein anderes Pferd bei jedem anderen Truppenkörper. Sechs Pferde, zwei von jeder Art, müssen für ihn mitgenommen werden, außer Wagen- und zahlreichen Pferden für das Gefolge. Das alles erhöht die Reisekosten sehr, denn, wenn auch die meisten deutschen Eisenbahnen Staatseigentum sind, muß der Kaiser doch wie jeder andere Mensch Kilometergeld zahlen.

Der kaiserliche Zug fährt gewöhnlich um 10 Uhr abends ab und muß möglichst leise fahren, damit des „Allerhöchsten" Schlaf nicht gestört wird. Es braucht kaum gesagt werden, daß der Extrazug mit allem möglichen Luxus ausgestattet ist — ein rollender Palast, welcher Empfangs-, Speise- und Schlafzimmer, Bade- und Ankleidezimmer, Küche, Abwaschküche und Stallung enthält. Die einzigen Dinge, welche fehlen, sind Bequemlichkeiten für die Dienerschaft, welche auf Polstern oder auf dem Fußboden schlafen muß. Um 5 Uhr oder zeitiger wird dem Monarchen eine Tasse Tee gereicht, Bad und Ankleiden folgen und dann das Frühstück, welches viel reicher und mit viel mehr Abwechslung in den Speisen als zu Hause serviert wird. So gestärkt und erfrischt, steigen bei Dämmerung der Kaiser und sein Gefolge zu Pferde, und mit Trompeten an der Spitze galoppieren sie in die Stadt, um der Soldaten und auch der Bürger Morgenschlaf zu morden.

Einer der kaiserlichen Adjutanten beschreibt den Hergang beim Alarmieren der Garnison Posen wie folgt: „Während des Frühstücks und auf unserem Ritt in die innere Stadt sprach Seine Majestät von nichts anderem als von den dummen Gesichtern, welche der Kommandant und die Offiziere machen würden, wenn man sie plötzlich weckte. Nun waren wir hineingelassen, nachdem wir die Tagesparole abgegeben hatten, und bald erklangen Trompetenstöße und der scharfe Klang der Hufe unserer Pferde in der Hauptstraße. Posen, obgleich nur halb polnisch, hat so viele Belagerungen, Einfälle und revolutionäre Taten gesehen, daß soldatisches Treiben seine Einwohner nicht erschreckt. Fenster wurden geöffnet und geschlossen, während wir vorübertrabten; Männer, Frauen und Kinder in Nachthemden sahen erstaunt die sonderbare Reiterschar an. Seine Majestät amüsierte sich wahrhaft königlich auf seine Art, wie er denn überhaupt die ganze Expedition wie einen Bombenwitz behandelte, arrangierte, um ihm ein neues Vergnügen zu verschaffen."

Reisen ist eine solche Manie des Kaisers, daß, wenn die Staatsgeschäfte oder die Tatsache, daß niemand zu besuchen ist, ihm das Reisen unmöglich machen, er manchmal eine Nacht in seinem Salonwagen zubringt, der auf der Station Wildpark steht, nur fünf Minuten von dem Neuen Palais entfernt, unter dem Vorwand, daß er am folgenden Morgen zu einer unmöglichen Stunde in Berlin sein müßte.

Anfangs Sommer 1895 ging er diesem merkwürdigen Zeitvertreib immer häufiger nach, bis eines Abends im Juni die Kaiserin den Mut fand, als er zur Station fahren wollte, ihm damit zu drohen, daß sie ihn in seiner Junggesellenwohnung besuchen würde. Wilhelm II. ließ dann mehrere Monate von dieser Gewohnheit ab, und das war ein Glück, da unter den Dienstboten, die keine Lust hatten, so oft in ihren Kleidern zu schlafen, eine Verschwörung auszubrechen drohte. Sie wollten ein Mitglied der Linken im Reichstage benachrichtigen, wo Seine Majestät die Nächte zuzubringen pflegte; wird doch der Eisenbahnverkehr sehr gestört, wenn Majestät auf Station Wildpark nächtigt.

„Mehr als hundert Beamte und Arbeiter sind heute nacht wach wegen des Kaisers Laune, in seinem Wagen zu schlafen," sagte Ende Mai Graf Eulenburg eines Abends zu mir.

„Unmöglich! Hundert Personen?"

„Hundert und mehr — das Verzeichnis ist durch meine Hände gegangen. Denken Sie einen Augenblick über die Arbeit nach: Güterzüge müssen auf ein Nebengleis geschoben werden, und Personenzüge müssen langsamer fahren; da die gewöhnlichen Signale, der Pfiff der Lokomotiven und das Läuten der Glocken nicht stattfinden, muß die Zahl der Beamten verdoppelt werden, um ein Eisenbahnunglück zu verhüten."

(Mit Erlaubnis des Verlages Gustav Siemsen, Berlin-Tankwitz.)

Geldsacksolidarität.

Was kümmert sich das Kapital
Um Republik und Majestät?
Dem Geldsack ist das ganz egal.
Doch fühlt er immer national,
Wenn es um einen Geldsack geht.
Zwar schwört er jeden Freiheitsschwur
Und pfeift auf jede Majestät.
Doch wenn den Majestäten nur
Ein Volksentscheid ins Inn're fuhr,
Dann übt er Solidarität!

Die erste Theaterkritik in der deutschen Presse. Die Theaterkritik ist heute ein so wichtiger Teil des Zeitungsfeuilletons, daß wir uns ein Blatt ohne Theaterkritik kaum vorstellen können, und doch ist diese heute so reich entwickelte Einrichtung nicht viel über hundert Jahre alt. Wie Dr. Ernst Widdecke im „Zeitungsverlag" ausführt, war noch während des ganzen 18. Jahrhunderts die Rezension der Theaterstücke auf die Zeitschriften beschränkt, und auch Lessings „Hamburgische Dramaturgie" ist ein solches mehr wissenschaftliches Unternehmen, das nicht in erster Linie auf das Publikum Rücksicht nahm. Die erste deutsche Theaterkritik in einer Zeitung, die unseren heutigen Referaten annähernd entspricht, war die Kritik des „Götz" in der Berliner „Privilegierten Zeitung", der heutigen „Vossischen", am 16. April 1774. Der Verfasser soll Ramler gewesen sein, fand aber keine Nachfolge. Erst Kotzebue versuchte wieder, 1798, ohne Namensnennung für die „Wiener Zeitung" ständige Theaterbesprechungen zu schreiben. Die Idee wurde aber „als sehr unschicksam und auffallend betrachtet"; die Zensur mischte sich hinein, und ein kaiserlicher Erlaß befahl „von den neuaufgeführten Stücken" nur zu melden, „jedoch ohne sich in eine Kritik einzulassen". Im Jahre 1802 brachte der damals beliebte, heute nur noch als „Goethe-Gegner" unrühmlich bekannte Schriftsteller Gerlieb Merkel einen Aufsatz in der „Vossischen Zeitung" über die Aufführung des „Don Carlos", der viel Anklang fand. Das Konkurrenzblatt, die „Spenersche Zeitung", fürchtete, wenn öfters solche Beiträge erschienen, Abonnenten zu verlieren, und wandte sich an Merkel mit der Bitte, solche Theaterbesprechungen in ihren Spalten zu verfassen. Daraufhin trat Merkel mit dem Blatt in nähere Beziehung und führte im Oktober 1802 eine vollständige Umgestaltung des „gelehrten Artikels" durch, die zum erstenmal ein Feuilleton im modernen Sinne brachte. Dieses Feuilleton enthielt auch regelmäßig Besprechungen über Bühnenaufführungen, und so wurde Merkel zum Vater der deutschen Theaterkritik.

Der Magnet als Straßenreiniger. In Idaho (USA.) sind erfolgreiche Versuche gemacht worden, die Straßen durch einen Magneten absuchen zu lassen. Der Magnet wird mit Akkumulatoren gespeist und er schwebt 10 Zentimeter über dem Boden am hinteren Ende eines besonders gebauten Kraftwagens. Man fand auf 8 Kilometer nicht weniger als 90 Kilogramm Eisennägel, Bolzen, Drahtstücke usw., die sonst kaum sichtbar waren. Der volkswirtschaftliche Wert des Verfahrens wird ersichtlich, wenn man an die vielen Schäden denkt, die durch diese Eisenreste täglich an den Gummireifen der Autos verübt werden.

Abstimmungen zum Knappschaftsgesetz

Die Einzelberatung im Reichstag.

Der Reichstag nahm gestern zunächst Artikel 1 und 2 der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz an.

Zu Artikel 4 beantragte Abg. **Haedenkamp** (Dnatl.), daß die Beziehungen zu den Aerzten durch schriftliche Kollektivverträge, die zwischen Bezirksknappschaftsvereinen oder den besonderen Krankenkassen und den örtlichen kassenärztlichen Organisationen abzuschließen sind, geregelt werden.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

weist dem Vorredner gegenüber darauf hin, daß die freie Arztwahl sich bei den Krankenkassen durchaus nicht so bewährt habe, daß sich ihre Einführung bei den Knappschaftskassen empfehle. Meine Fraktion beantragt, um eine Schädigung insbesondere der kaufmännischen Angestellten abzuwehren, folgendes:

Nach der Reichsversicherungsordnung richtet sich, ob und für welche Arbeitnehmer die Beschäftigung in einem knappschaftlichen Betriebe die Versicherungspflicht oder die Versicherungsberechtigung beim Reichsknappschaftsverein begründet. Jedoch ist für Angestellte die Jahresverdienstgrenze gleich derjenigen in der Pensionsversicherung für Angestellte. Angestellte, deren Jahresgesamteinkommen die Pflichtversicherungsgrenze überschreitet, können die Versicherung nach einer Beschäftigungsdauer von 12 Monaten innerhalb eines knappschaftlichen Versicherungsbetriebes freiwillig fortsetzen oder ihr beitreten. Unständige Arbeitnehmer werden nicht versichert.

Der Redner wendet sich dann gegen den Versuch, die Versicherungsgrenze für Angestellte auf 2700 M. festzusetzen. Auch den Angestellten mit einem Einkommen bis zu 6000 M. muß die Möglichkeit der Versicherung gegeben werden, denn aus eigenen Mitteln können sie sich nicht gegen alle Wechselfälle des Lebens schützen. Den Angestellten ist nur zu helfen, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitern sich gegen jede Ausspielung gegenüber den Arbeitern wenden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Moldenhauer** (D. Vp.) lehnt den Antrag Haedenkamp ab.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Gerig** (Z.) und des Reichsarbeitsministers Dr. **Brauns**, der einige unrichtige Bemerkungen des Abg. Leopold (Dnatl.) vom Tage vorher zurückweist, werden die

Artikel 2 bis 4 nach den Beschlüssen des Ausschusses mit einigen Aenderungen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Bei Kapitel 5, der die Pensionsversicherung betrifft, bespricht

Abg. **Lambach** (Dnatl.) die Lage der kaufmännischen Angestellten im Bergbau. Er begrüßt die Trennung in Angestellten- und Arbeiterabteilungen.

Abg. Becker-Herborn (Soz.)

bezeichnet den vorliegenden Abschnitt als das Kernstück der ganzen Knappschaftsversicherung. Die Unternehmer haben die Familienversicherung nur deswegen nicht gewähren wollen, weil sie glaubten, dadurch auch die Pensionsversicherung abbauen zu können. Die Ausschußbeschlüsse befriedigen uns vor allem deshalb nicht, weil ein wichtiger Satz des alten Gesetzes nicht wieder aufgenommen worden ist, nämlich die Begriffsbestimmung der bergmännischen Arbeiten. Wenn diese nicht in das neue Gesetz hineinkommt, dann entsteht die Gefahr, daß die bisherige Rechtsprechung nicht mehr beibehalten werden kann. In der ersten Lesung war es uns gelungen, die Beschränkung der Alterspension zu beseitigen, aber in der zweiten Lesung hat man die Gleichstellung aller im Bergbau beschäftigten Arbeiter herausgebracht und sie in zwei Klassen eingeteilt. Einer großen Anzahl von Uebertagearbeitern wird die Erlangung der Alterspension außerordentlich schwer gemacht. Die Deutschnationalen haben jetzt einen Antrag eingebracht, der auch den Erzbergbau in die Altersversicherung einbeziehen will, das ist offenbar aber nur deshalb geschehen, weil der eine der Antragsteller in einem Erzbergbaubezirk gewählt worden ist.

Der Redner begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der den Steigerungsbetrag für die ersten 5 Jahre auf 1,3 Proz., für die übrige Beitragszeit auf 0,5 Proz. festsetzt.

Nach Ausführungen der Abgg. **Schwan** (Komm.) und **Moldenhauer** (D. Vp.) erklärt

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Wir haben uns mit der Aufhebung der Doppelversicherung der Angestellten einverstanden erklärt, weil wir es für unerträglich halten, daß sie mit einer doppelten Beitragsleistung belastet werden. Das hätte aber zur Folge haben müssen, daß eine einheitliche Steigerung der Leistungssätze gewährt werde. Das ist nicht geschehen. Die verschiedenen Prozentsätze in der Berechnung der Invalidenpension wirken sich für die Angestellten im Bergbau außerordentlich schädlich aus. Es ist behauptet worden, daß die Knappschaftsversicherung den Angestellten mehr gewähre, als die Invalidenversicherung. Das Gegenteil ist richtig. So wird in den ersten 5 Jahren, also bei einer besonders früh eintretenden Invalidität nur der Mindeststeigerungssatz gewährt, trotzdem gerade in diesem Jahre die Beiträge höher sind. Durch die Beschlüsse des Ausschusses sollen die ältesten Angestellten dafür bestraft werden, daß sie die längste Dienstzeit hinter sich haben. Auch hier besteht ein Widerspruch zwischen der gesteigerten Beitragszahlung und der Leistung der Knappschaftsversicherung, die man sonst bei keiner Versicherung kennt. Tatsächlich leistet die Angestelltenversicherung heute mehr als die Knappschaftsversicherung für die Angestellten im Bergbau. In einer Eingabe des Verbandes der kaufmännischen Grubenbeamten wird besonders eindringlich auf das Unrecht hingewiesen, das an diesen Angestellten begangen werden soll. Wir müssen uns mit dieser Frage noch eingehend befassen, bevor das Gesetz zur Verabschiedung kommt. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir verlangen darin eine einheitliche Festlegung der Steigerungssätze der Invalidenpension auch für die Angestellten.

Von entscheidender Bedeutung ist für uns die Festlegung der Altersgrenze bei der Pensionsversicherung.

In der ersten Lesung ist beschlossen worden, die Angestellten mit den Arbeitern gleichzustellen und das 50. Lebensjahr als Grenze auch für die Angestellten zu bezeichnen. In der zweiten Lesung wurde diese Bestimmung wesentlich verschlechtert. Es wurde eine 30jährige Dienstzeit als Mindestgrenze eingeführt. Die kaufmännischen Angestellten wurden dabei völlig ausgeschaltet, von jeder obligatorischen Regelung ausgeschlossen.

Herrn Abgeordneten Lambach würde ich empfehlen, seine heutige Rede im Ruhrgebiet vor den kaufmännischen Angestellten zu wiederholen, er würde dann dort wohl einiges zu hören bekommen. Wir verlangen, daß für die technischen und kaufmännischen Angestellten Vorschriften geschaffen werden, die ihnen dieselben Bezüge sichern wie den anderen Versicherten. Diese Frage ist für uns von entscheidender Bedeutung. Wir werden danach unsere Stellungnahme einrichten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Brey (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag der Invalidenversicherung, der die Rechte für die nicht ständig im Bergbau beschäftigten Arbeiter sichern will.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Mumm** wird die Aussprache übe dieses Kapitel geschlossen.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag: „Soweit Versicherte keine oder weniger als einhundertachtzig Monate wesentliche bergmännische Arbeiten nachweisen können, erhöht sich die Altersgrenze auf das sechzigste Lebensjahr; jedoch können die Sondervorschriften diese Altersgrenze bis auf das fünfundfünfzigste Lebensjahr herabsetzen," ist namentlich. Der Antrag wird mit 144 gegen 225 Stimmen abgelehnt.

Der Abg. Mumm (Dnatl.) hat einen Antrag gestellt, auch den Erzbergbau der Pensionsversicherung zu unterstellen. Um festzuhalten, wie die Deutschnationalen sich zu diesem Antrag stellen, wird auf sozialdemokratischen Antrag namentliche Abstimmung beschlossen. Der Antrag wird mit 216 gegen 154 Stimmen abgelehnt, auch die Deutschnationalen haben mit Ausnahme des Abg. Mumm, der in einem Erzbergbaubezirk gewählt ist, dagegen gestimmt.

Der Antrag Mumm ist also als ein Wahlmanöver entlarvt worden.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der das Ruhegeld der Angestellten bei Berufsunfähigkeit betrifft, wird mit 141 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag auf Anrechnung der Leistungen der Invalidenversicherung auf die Steigerungssätze für die Wanderarbeiter.

Die Abstimmung über das gesamte Kapitel 5 ist zuerst zweifelhaft. Die Auszählung ergibt die Annahme mit 189 gegen 142 Stimmen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Artikel 6—8, die die Bestimmungen über die Leistungen an Hinterbliebene der Versicherten enthalten, werden nach kurzen Bemerkungen des Abg. **Janschek** (Soz.) und eines Regierungsvertreters angenommen.

Artikel 9 mit den Bestimmungen über die Verwaltung wird nach den Ausschußbeschlüssen verabschiedet.

Artikel 10 enthält die Vorschriften über die Zusammensetzung der Verwaltung der Reichsknappschaft.

Abg. Husemann (Soz.)

erklärt, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich dafür eintrete, daß Zweidrittel der Vertreter aus den Reihen der Versicherten und ein Drittel aus den Reihen der Unternehmer gewählt werden. Nachdem aber ein entsprechender Antrag im Ausschuß abgelehnt worden sei, werde die sozialdemokratische Fraktion dem Ausschußbeschluß zustimmen, wonach die Verwaltungsorgane zu zwei Fünftel aus Vertretern der Arbeitgeber und zu drei Fünftel aus Vertretern der Versicherten bestehen sollen. Die Sozialdemokatie wolle nicht, wie die Unternehmer es behaupten, die Knappschaftsversicherung zu einer Kampfeseinrichtung der Arbeiter ausgestalten, diese solle vielmehr zum Besten der Arbeiter dienen. Bei der Parität in der Zusammensetzung der Verwaltung hätten die Unternehmer stets die Oberhand. Der Redner begründet weiter einen Antrag, wonach die Angestellten entsprechend der Zahl der versicherten Angestellten zu der Zahl der versicherten Arbeiter zu berücksichtigen sind und die Zahl der Angestelltenvertreter im Vorstand mindestens zwei, in der Hauptversammlung mindestens fünf betragen soll. Bei der Wahl der Knappschaftsältesten müsse das Verhältnissystem angewendet werden.

Um 7¾ Uhr abends vertagt sich das Haus auf Donnerstag mittag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern, deutsch-schwedischer Handelsvertrag, Forts. der Beratung der Novelle zum Knappschaftsgesetz.

Rüstet und agitiert für die

Kundgebung im Lustgarten

Montag, den 14. Juni, abends 7 Uhr

Für den Sieg des Volksentscheids!
Für den Sieg von Recht und Moral!
Gegen die Habgier der Fürsten!
Gegen den Milliardenraub am deutschen Volke!
Gegen die Reaktion!

Nachruf.

In der Nacht vom 7. zum 8. Juni 1926 ist das Mitglied des Bezirksamtskollegiums des Verwaltungsbezirks Lichtenberg

Herr Stadtbaurat

Dr. Ing. Rudolf Gleye

im 46. Lebensjahre verstorben.

Der Verschiedene ist 16 Jahre lang im Dienste der ehemaligen Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg und später, nach der Bildung der Stadtgemeinde Berlin, beim Bezirksamt Lichtenberg als Stadtbaurat und Bezirksamtsmitglied tätig gewesen. In dem Verstorbenen betrauern wir einen allseitig geschätzten Mitarbeiter, der nicht nur seine überaus reichen Fachkenntnisse, sondern auch seine ganze Arbeitskraft restlos dem Ausbau und dem Wohle des Verwaltungsbezirks Lichtenberg gewidmet hat. Seiner schöpferischen Tätigkeit verdanken sowohl die ehemalige Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg als auch der jetzige Verwaltungsbezirk Lichtenberg eine Reihe größerer Bauten, deren Ausführung allgemeine Anerkennung gefunden hat und die dazu bestimmt sind, die Erinnerung an seine Person im Kreise der Bevölkerung dauernd wachzuhalten.

Wir werden dem Entschlafenen über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Namens der Bezirkskörperschaften:

Dr. Siggel, Bürgermeister. **Tempel,** Bezirksverordnetenvorsteher.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kesselschmied

Franz Fröhlich

am 5. Juni 1926 gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilandsfriedhofes, Pankstraße, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallschleifer

Erhardt Ordung

am 7. Juni 1926 gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. Juni, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Schmiede Achtung!

Die für heute, Donnerstag, den 10. Juni vorgesehene **Kommissionssitzung** findet **nicht** statt.

Achtung! Verwaltungsmitglieder!

Freitag, den 11. Juni, abends 7 Uhr:

Sitzung der mittleren Verwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 656 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Am 2. Juni nachmittags ½2 Uhr entschlief nach kurzem schweren Leiden an den Folgen der Schußverletzung, die er sich in Verzweiflung über das von ihm als Unrecht empfundene Urteil zufügte, unser guter Sohn, mein lieber Bruder, Mann und Schwiegersohn, der Detektiv

Erwin Lange

im nichtvollendeten 26. Lebensjahr. Erwin wurde ein Opfer seines Berufes.

In tiefer Trauer zugleich im Namen der Hinterbliebenen **Otto Lange**

Berlin S 42, Oranienstraße 145.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr von der Kapelle des St. Jakobifriedhofes, Neukölln, Hermannstraße 99—105, aus statt.

Am 8. Juni verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, der Schriftsetzer

Georg Neumann

im Alter von 46 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

Ottilie Neumann nebst Kindern

Berlin-Tempelhof

Einäscherung: Sonnabend, den 12. Juni, abends 6½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9331
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

KLEINE ANZEIGEN

in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem

sehr billig!

Trauerspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz,
vormals Robert Kopp
Mariannenstr. 3,
Amt Moritzpl. 10300

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98